

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 226

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 226

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.50, monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93

Donnerstag, den 21. April 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 19. April 1904.

Auswärtiges Amt.

Der Reichstag erledigte am Dienstag den Etat des auswärtigen Amtes. Die Debatte beschäftigte sich zunächst mit einer Resolution des nationalliberalen Schützöllners und Großfabrikanten Münch-Ferber, die den Konsuln einen Beitrag deutscher Kaufleute mit einem besoldeten Sekretär begeben und in dieser Form seinen alten Wunsch auf eine Errichtung von Handelskammern im Ausland erfüllen will. Er benutzte diese Gelegenheit zu der üblichen handelspolitischen Scharfmacherei, die vom Grafen Ranft nach Kräften fortgesetzt wurde. — Herr Osel, das neue Zentrumslid, der gestern mit der Denunziation der Kathedersozialisten Brentano und Sombart debütierte hatte, ergänzte sie heute passend durch die warme Empfehlung des agrarischen Professors Rühlmann. Die Resolution Münch-Ferber, mit der sich auch der Staatssekretär Frhr. v. Richtig hofen einverstanden erklärte hatte, wurde schließlich angenommen.

Herr Kämpf von der freisinnigen Volkspartei brachte die schlechte Behandlung der einheimischen Juden und der deutsch-jüdischen Kaufleute im Zarst zur Sprache. Vom Regierungstische wurde erklärt, daß sich nicht viel machen lassen, weil in Rußland Ausnahme Gesetze gelten; man will aber versuchen, beim Handelsvertrage eine bessere Behandlung der reisenden Kaufleute jüdischer Konfession zu sichern.

Die freisinnigen Abgeordneten Müller, Meinungen und Müller-Sagan wiesen dann noch auf die Entschädigungsfrage der geschädigten Deutschen in Transvaal und Samoa hin. Der Staatssekretär erklärte, daß England eine rechtliche Verpflichtung zur Leistung dieser Entschädigung überhaupt nicht anerkenne, und daß man sich unter diesen Verhältnissen mit dem Erreichten begnügen müsse.

Da die Kolonialverwaltung dem Auswärtigen Amt untersteht, kamen bei diesem Etat auch die merkwürdigen etatsrechtlichen Gepflogenheiten des Kolonialdirektors Dr. Stuebel zur Verhandlung. Es hatte einiges Aufsehen erregt, als in der Budgetkommission an den Tag kam, daß der Kolonialdirektor von dem Fonds für Kommissionszwecke 35 000 M. dazu benutzt hat, ohne Wissen des Reichstages zwei Kolonialattaches in London und Paris anzustellen. In der ersten Entschuldigung wurden die 35 000 M. glatt gestrichen und Herr Dr. Stuebel bekam bittere Worte zu hören. In der Zwischenzeit aber haben sich die politischen Wettermacher des Zentrums wieder anders besonnen und heute lag ein von Dr. Spahn und den Führern der Rechten und der Nationalliberalen unterzeichneter Antrag vor, der sich mit dem Wunsch von 16 000 M. begnügte Genosse Dr. Süde in hielt demgegenüber daran fest, daß Herr Stuebel durch Absetzung der ganzen Summe ein unverblümtes Mißtrauensvotum ausgestellt erhalten müsse. Er erinnerte an die phantastischen Etatsüberschreitungen des Kolonialdirektors, die beim Etat für Südwestafrika noch zur Sprache kommen werden. Die Mehrheit war aber zum Frieden mit der Kolonialverwaltung geneigt und nahm den Antrag Spahn an.

Nach Erledigung des Etats des Auswärtigen wurde trotz der vorgerückten Stunde die Interpellation des Nationalliberalen Grafen Driola zur Verhandlung gestellt, die sich nach den Ansichten eines Militär-Pensionsgesetzes erkundigte. Herr v. Cinnem erwiderte, daß das Gesetz seit dem 5. März beim Bundesrat läge, daß aber, weil schwierige finanzielle Fragen dort zu entscheiden seien, nicht abzusehen wäre, ob sich der Reichstag, wie er wünsche, noch in dieser Session mit der Vorlage werde befassen können. Die Beseitigung der Interpellation wurde auf Mittwoch verschoben. Da außerdem neben kleineren Etats der Etat der Expedition für Dänien auf der Tagesordnung steht, ist es ungewiß, ob unsere Interpellation wegen der Stilllegung von Gruben im Ruhrrevier schon morgen verhandelt werden wird.

70. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Frhr. v. Richtig hofen. Ein schlechter Antrag Dr. M u g d a n (Fp.) und Gen. ein in der gestrigen Sitzung verlesenes Schreiben des ersten Staatsanwalts zu Flensburg betr. die Strafverfolgung des Abg. Jessen (Däne) der Geschäftsordnungs-Kommission zur Berichterstattung zu überweisen, wird debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Bei dem Titel „Staatssekretär“ begründet Münch-Ferber (N.) eine Resolution, wonach vom nächsten Etatsjahr ab den deutschen Konsuln im Auslande zur Unterstützung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein aus deutschen Kaufleuten gebildeter Beirat zur Seite gestellt werden soll. Amerika hat bereits eine Handelskammer in Berlin und macht uns schon heute eine enorme

Konkurrenz in Deutschland und noch mehr auf dem Weltmarkt. Italien hat uns fast vollständig aus Argentinien verdrängt, trotzdem wir aus diesem Lande bei weitem mehr importieren als Italien. Dies Verhältnis sollte man sich beim Abschluß von Handelsverträgen stets mit Flamme schrift vor Augen halten. (Sehr richtig! bei den Natl.) Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Natl.)

Dove (Fp.): Mit der Tendenz des Antrages sind wir gewiß alle einverstanden, die einzelnen Forderungen desselben werden wir uns aber doch noch genauer ansehen müssen. Unseren Export hat der Redner doch wohl unterschätzt. (Sehr richtig! links.) Von der Tätigkeit der amerikanischen Berliner Handelskammer hat man noch nicht viel gehört und die 7 englischen Handelskammern im Ausland entsprechen durchaus dem Umfang seines Handels. — Die sehr guten Informationen der Nachrichten für Handel und Industrie, welche das Reichsamt des Innern herausgibt, sind wohl auf die Tätigkeit der Handelsattaches zurückzuführen. Wir teilen ja auch den Wunsch nach weitergehenden Informationen, und wenn dieser Wunsch auf dem Wege des Antrages erfüllbar ist, so kann man ja einen vorichtigen Versuch nach dieser Richtung machen. Die Bureautisierung des Handelskammerwesens ist uns allerdings nicht besonders sympathisch. Wir glauben vielmehr, daß diese Institution auf freier Grundlage ihren Zweck besser erfüllen wird. (Bravo links.)

Mell (Fp.) ist mit dem Grundgedanken des Antrages Münch-Ferber durchaus einverstanden, macht aber einzelne Bedenken geltend. Sollen z. B. die Beiräte gewählt oder vom Konsul im Ausland ernannt werden? Daß diese Beiräte einen Sammelplatz für die Deutschen im Auslande bilden würden, wie Herr Münch-Ferber meinte, bestreite ich entschieden. Diese Aufgabe erfüllen die deutschen Schulen mit besser. (Bravo! links.)

Staatssekretär Frhr. v. Richtig hofen: Herr Münch-Ferber hat uns die amerikanischen Konsuln als Muster vorgeführt; die amerikanische Presse führt aber gerade die deutschen Konsuln als nachahmenswerthes Beispiel an. Auch in Frankreich wird das deutsche Konsularsystem als das beste anerkannt, wie erst jüngst in einem Artikel der „Aurore“ ausgeführt wurde. Aber auch im Inlande stehen wir nicht ganz ohne Dank da. So schreibt uns ein deutscher Fabrikant, er habe sich an hundert deutsche Konsulate im Auslande gewandt mit der Bute um Auskunft über die jeweiligen Marktverhältnisse zwecks Antinzipation von Geschäftsvorbereitungen. Diese Auskunft sei ihm in ausführlichster Form prompt erteilt worden, wofür er uns seinen besondern Dank ausspreche. Das Auswärtige Amt hat früher gegen die Errichtung von deutschen Handelskammern im Auslande Stellung genommen, weil es in dem Namen „Handelskammer“ einen Eingriff in die Rechte des fremden Staates erblickte. Wenn hier in Deutschland Handelskammern begründet wurden, sind wir bisher über diese Bezeichnung hinweggegangen, haben aber amtliche Beziehungen zu diesen Handelskammern nicht angeknüpft. Denn die Erfahrung hat ergeben, daß das es leicht zu Zwistigkeiten zwischen derartigen Hilfskammern und den das Recht vertretenden Konsuln kommt. Nun ist in dem Antrage Münch-Ferber die Bezeichnung „Handelskammer“ weggefallen; auch wird der Beirat den Konsuln zugeteilt, jedoch die Möglichkeit von Differenzen zwischen beiden wegfällt. Wir haben daher keine wesentlichen Bedenken mehr gegen diesen Antrag, wenngleich wir uns nicht allzuviel von ihm verheißt n.

Ort (N.): Die Ausführungen des Abg. Münch-Ferber haben mich davon überzeugt, daß wir alles daran setzen müssen, uns vom Auslande auf diesem Gebiete nicht überflügeln zu lassen. Wichtiger aber als der Beirat ist für uns die Erlangung angemessener handelspolitischer Beziehungen zu Amerika. Meine Partei wird für den Antrag Münch-Ferber stimmen. (Bravo! rechts.)

Osel (Fp.) schließt sich der Anerkennung für die Ausübung des deutschen Konsularwesens an. Wenn wir eine Statistik des indirekten Warenverkehrs hätten, könnte ein gut Teil besonders des englischen Zwischenhandels von uns ausgegliedert werden.

Staatssekretär Frhr. v. Richtig hofen: Die Wünsche des Redners sind nicht so leicht zu erfüllen. Die bisherigen Ermittlungen über den indirekten deutschen Import und Export haben ein greifbares Resultat nicht gehabt. Richtig ist, daß bei einem derartigen Mangel die Statistik und die Festlegung der Handelsbilanz nur einen relativen Wert hat. Wegen der Beobachtung der Getreidepreise will ich mich mit meinem Kollegen vom Innern und dem Landwirtschaftsminister in Verbindung setzen.

Kämpf (Fp.): Bei der Verhandlung über die Interpellation betr. die Tätigkeit russischer Polizeivorgänge auf deutschem Gebiet ist auch erörtert worden, wie Rußland die deutschen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens behandelt. Diese Behandlung hat in weiten Kreisen Erregung, ja Erbitterung hervorgerufen. Ein großes Streiflicht auf die Verhältnisse, wie sie in Rußland bestehen, wirft der Erlaß des russischen Ministers des Innern, worin den Gouverneuren empfohlen wird, sofort bis zur Beendigung des Krieges eine mildere Praxis gegen die Juden einzuschlagen. Die Wendung „bis zur Beendigung des Krieges“ enthebt mich jeder weiteren Kritik. Für die Behandlung der Angehörigen des jüdischen Glaubens in Rußland kommen die Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung und des deutsch-russischen Handelsvertrages in Betracht. Nach der Reichsverfassung haben alle Deutschen gleichmäßigen Anspruch auf den Schutz des Reiches, und dieser Grundtatbestand ist auch in dem deutsch-russischen Handelsvertrag niedergelegt. Aber mit diesen Vertragsbestimmungen stehen die Verhältnisse im schärfsten Widerspruch. (Hört, hört! links. Unruhe rechts.) Während der Haft ohne weiteres visitiert wird, bekommt jeder, der den Anschein erweckt, als ob er Jude sei, die Bemerkung „Jude“ eingetragen, und diese Bemerkung bedeutet in Rußland ungefähr ebensowiel, wie die Ueberschrift über Dante's Hölle. (Sehr richtig! links. Lärm rechts.) Ist doch den deutschen Juden das Betreten einer ganzen Reihe russischer Provinzen überhaupt unterlagt. Durch solche Bestimmungen wird der Zweck der Handelsverträge überhaupt illusorisch gemacht. Der deutsche Jude ist in Rußland jeder Demütigung, jeder Willkür ausgesetzt. In Kiew muß er in Hotels vierten Ranges Unterkunft suchen. Redner verliest eine Anzahl Briefe, welche von den Chitanen berichten, die ihren Verfassern in Rußland widersprechen sind. So wurde z. B. ein Kaufmann an die ostpreussische, statt an die schlesische Grenze gebracht, obwohl der Zug nach Katowitz nur eine Stunde später abfuhr. Ganz besondere Verhältnisse, über die deutsche Konsuln und Generalkonsuln nicht genügend unterrichtet zu sein scheinen, herrschen im Gebiet der russischen Don-Kosaken. Nur mit den alleräußersten Schwierigkeiten und nur sehr großen Schwierigkeiten ist es möglich, die Messe in Kostrow zu besuchen. Verheiratete Frauen, welche nach Deutschland geheiratet hatten, aber Angehörige und Verwandte in Rußland besaßen, ist das Passivum nicht erteilt worden, so daß sie nicht an das Kranken- oder Sterbebett ihrer Eltern oder Geschwister eilen konnten. (Hört, hört! links.) Auch Gelehrten wird das Passivum verweigert und jüdischen Ärzten ist erst dann der Zutritt zu dem medizinischen Kongress in Moskau gewährt worden, als Berliner Kapazitäten ihre Teilnahme von dieser Zulassung abhängig gemacht hatten. Das zeigt nebenbei, daß man in Rußland für einen kräftigen Widerstand sehr empfänglich ist. — Wie Rußland seine eigenen Juden behandelt, ist keine Sache, aber die deutschen Juden sind deutsche Staatsbürger und haben den verfassungsmäßigen Anspruch auf dieselbe Behandlung wie die andern Staatsbürger. (Sehr richtig! Bravo links.) Die deutsche Verfassung kennt weder Juden noch Christen, sondern nur Deutsche. Möge die Staatsregierung bei den Handelsvertragsverhandlungen nach diesem Grundsatz handeln, damit nicht das stolze Wort: civis Romanus sum jenseits der russischen Grenzpfähle seine Gültigkeit verliert. (Sehr richtig! Bravo links.)

v. Böhlendorff (N.) beklagt sich über die sechs-wöchentliche Haft eines angeblichen Transvaalkriegers und verlangt eine Entschädigung für denselben.

Dr. Müller-Meinungen (Fp.) bringt ebenfalls die Frage der Entschädigung für die Deutschen in Transvaal zur Sprache. Manchmal lassen es unsere Konsulatsbeamten an der nötigen Energie fehlen. Von den vom deutschen auswärtigen Amt anerkannten Forderungen hat England nur 9 pSt. gezahlt, die Bezahlung des Restes hat es ohne Angabe von Gründen abgelehnt. (Allgemeines hört, hört!) Gerade vom Standpunkt herer, die keine künstliche Verbindung zwischen England und Deutschland wollen, kann eine derartig einseitige Behandlung der Frage durch die englische Regierung nicht gewünscht werden. Auch die deutschen Ansiedler in Samoa warten seit 5 Jahren auf Entschädigung. Öffentlich macht es in England Eindruck, daß in diesen Fragen auch die sonst durchaus nicht englandfeindlichen Parteien einmütig mit den andern zusammenhängen. (Bravo links.)

Staatssekretär Frhr. v. Richtig hofen: Wenn sich in der Samoafrage eine friedliche Vereinbarung mit England und Amerika nicht erzielen läßt, so werden wir den König von Schweden, der als Schiedsrichter in Thesi zu Gunsten von Deutschland entschieden hat, auch zum Schiedsrichter über die Einzelheiten aufrufen. In der südafrikanischen Entschädigungsfrage weicht leider die Auffassung der englischen Regierung von der der Redner hier im Hause wesentlich ab. Die englische Regierung schließt grundsätzlich aus 1. alle Deutschen, die auch Angehörige der beiden Republiken waren, 2. alle, die auch ohne eigene Schuld eine Neutralitätsverletzung begangen haben, 3. alle Gesellschaften, darunter auch die Missionsanstalten. Die anderen Länder haben auch keine besseren, zum Teil weit schlechtere Resultate erzielt. Redner bespricht dann die Fälle Dietl, Dr. Zielmann, Natmann. Unser Vertreter hat das Möglichste erreicht, wie das Anerkennungsschreiben eines auch nicht befriedigten Reklamanten beweist. Man möge doch die Stellung der Deutschen im Auslande nicht dadurch schädigen, daß man die deutschen Vertreter im Auslande grundlos beschuldigt. (Wiesache Zurufe: und Rußland, Rußland?)

Ort (N.) beschwert sich über die lästigen Bag-schwirigkeiten, die deutschen Stromschiffen in Rußland gemacht werden.

Ministerialdirektor v. Franzius (auf der Tribüne schwer verständlich) erklärt, daß das auswärtige Amt wenig Einfluß in der Angelegenheit habe.

Dr. Müller-Sagan (Fp.): Wenn die Regierung nur ihr Bedauern über die Begebenheiten deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Rußland auszudrücken vermöge, dann ist das stolze Wort: civis germanus sum nur Pöhn. (Lachen rechts.) Herr Pauli hat mit dem Lachen, durch das er die Ausführungen des Abg. Kämpf lächelte, wenig nationales Empfinden bewiesen. Ich wünsche dringend, daß das Auswärtige Amt dafür sorgt, daß die Verhandlungen deutscher Bürger jüdischen Glaubens in Rußland aufhören. (Bravo! links.)

Dahlmann (Fp.) beschwert sich über vertragswidrige Uebergänge holländischer Schiffe beim Durchgang im Rhein.

Rußland und Japan.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen: Wir werden fortfahren, nach Möglichkeit eine bessere Behandlung für die deutschen Juden in Rußland zu erreichen. Die russische Regierung gewährt aber auch den österreichischen, englischen und amerikanischen Juden keine bessere Behandlung.

v. Kardorff (N.P.) stimmt dem Abgeordneten Müller-Meinungen darin völlig bei, daß eine bessere Behandlung unserer jüdischen Mitbürger in Rußland durchaus wünschenswert sei. Rußland scheint aber darauf nicht eingehen zu wollen. Wenn Herr Dr. Müller-Meinungen dann lieber gar keine Handelsverträge will — nun damit bin ich ja ganz einverstanden. (Geisterheit.)

Gothel (F.P.): Die Versicherungen des Herrn v. Kardorff sind geeignet, von vornherein die Lustigkeiten unserer Unterhändler auf Erfolg auf diesem Gebiete illusorisch zu machen. (Sehr richtig! links.)

v. Kardorff (N.P.) tritt den Ausführungen des Vortragenden entgegen.

Der Titel wird hierauf bewilligt und die Resolution Münch-Ferber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Kommission hat die für eine Ministerresidentur in La Paz in Bolivia geforderte Summe von 37 000 Mk. genehmigt.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen sowie die Abgg. von Böhlendorff (K.), Dr. Arendt (N.P.) und Paasche (N.) bitten im Interesse des deutschen Handels, der in Bolivia der nordamerikanischen Konkurrenz zu begegnen habe, um Wiederherstellung der Position.

Die Forderung wird entgegen dem Kommissionsbeschluss von einer Mehrheit bewilligt, die sich aus beiden konservativen Parteien, den Nationalliberalen, der Freisinnigen Vereinigung und einigen Zentrumsabgeordneten zusammensetzt.

Zum Kapitel „Allgemeine Fonds“ hat die Kommission einen Titel zu „Kommissionsschweizer“ im Betrage von 35 000 Mk. genehmigt. Die Abgg. Dr. Spahn (Z.), Dr. Stadmann (N.P.), Frhr. v. Richthofen (K.), Graf Oriola (N.) wollen 16 000 Mk. bewilligen.

Dr. Spahn (Z.) begründet seinen Antrag.

Dr. Südekum (S.D.): Herr Dr. Spahn ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. Wir sehen keinen Anlaß, auch nur einen Teil der Forderung zu bewilligen, zumal die Kommission einstimmig die Streichung der Position beschlossen hatte, um der Kolonialverwaltung und dem Reichsfinanzamt ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil dieser Titel eine Verschleierung des Etats darstellt. Man hat es nicht einmal für nötig gehalten, zu sagen, daß das Geld für Kolonialattachés in London, Paris usw. bestimmt war. Wenn man so vorgeht, wie Herr Spahn, dann wird man kaum die Kolonialverwaltung absprechen, in Zukunft genau wieder ebenso zu verfahren. Wenn wir in einem wirklich konstitutionellen Staate lebten, wäre der Kolonialdirektor einfach unmöglich geworden. Da dies aber nicht der Fall ist, so wird vielmehr dieser Zwischenfall ihn wahrheitsgemäß länger als sonst vor dem Lucanus h. wahren. (Brao! links.)

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Stengel: Das Mißtrauensvotum, das mir erteilt worden ist, läßt mich zum Glück kalt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Immerhin gebe ich zu, daß die Beteiligung des Reichsfinanzamts bei Etatsübertragungen bisher etwas mangelhaft gewesen ist. Ich bemerke aber, daß eine bessere Regelung der Angelegenheit eingeleitet ist. Von einer Verschleierung kann aus keinem Fall die Rede sein.

Frhr. v. Richthofen (K.) tritt ebenfalls der Ansicht des Abg. Südekum entgegen, daß es sich um eine Verschleierung gehandelt habe; nachdem er die nötige Aufsicht erhalten habe, werde er im Gegensatz zu seiner Kommissionsabstimmung im Plenum für den Antrag Spahn stimmen.

Dr. Paasche (N.) tritt nochmals für den Antrag Spahn ein, desgleichen Dr. Arendt (N.P.)

Kolonialdirektor Dr. Sübel erklärt, daß die Kolonialattachés zum 1. April zurückberufen wurden, da sie nur kommissarisch beschäftigt waren. Die Regierung behaupte aber, auf ihre hochgeschätzten Dienste verzichten zu müssen.

Dr. Südekum (S.D.): Die eintretlichen Ausfertigungen des Staatssekretärs dürfen nicht unwiderprüfbar hinzunehmen werden. Bewilligungsrecht der Fonds bezieht sich doch nicht nur auf die ansgeworfenen Summen, sondern auch auf die Zustimmung zu dem Zweck, für den sie verwendet werden und der daher angegeben werden muß. Aus der allgemeinen Bezeichnung „für Kommissionszwecke“ läßt sich nicht herauslesen, daß das Geld zur Befoldung von auf lange Zeit angestellten Beamten bestimmt ist. Mindestens in einer Anmerkung hätten die Kolonialattachés gesondert genannt werden müssen. Daß sie nicht eintretlich angestellt sind, habe ich nicht gewußt. Der Brief, den die Regierung dem Herrn Südekum einreichte, war wirklich ein höchst deutlicher Brief mit dem Zweck, die Regierung in einer Angelegenheit der Befoldung des einzelnen Falles oder des Gesamts; die Befoldung im „Kolonialamt“ läßt freilich geradezu auf die Befoldung der Befoldung schließen. Schon im Hinblick auf die geradezu unannehmliche Forderung des Kolonialdirektors von Südwestafrika, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, bitte ich, den ganzen Betrag zu streichen. (Leb. Brao! links.)

Dann schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt, dagegen der Antrag Spahn gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen.

Der Beschluß der Kommission, die für eine Sommerwohnung des Sekretärs in Leoben geforderten 8000 Mark zu streichen, wird entgegen einem konservativen Antrag auf Wiederherstellung des Betrages zurück erhalten.

Der Rest des Etats wird darauf debattellos bewilligt.

Es folgt die Interpellation Graf Oriola (N.) bei der Zeitpunkt der endgültigen Verlegung eines Militärspezialgesetzes.

Graf Oriola (N.) begründet die Interpellation. Man habe den Kriegsjahr mit Verzögerungen hingehalten.

Kriegsminister v. Einem erklärt, daß ein Gesetz über diese Materie bereits dem Bundesrat beschickt und vielleicht noch in dieser Session dem Reichstag vorgelegt werde. Ein bestimmter Zeitpunkt für den Abschluß der Beratung am Bundesrat läßt sich nicht angeben. (Hört! hört! N.P.)

Auf Antrag des Abg. Sattler (N.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen, inwiefern auf Mittwoch 1 Uhr vorzugehen.

Amper der Interpellation steht der Etat des Allgemeinen Finanzamts, des Kriegswirtschaftsamts, der Ausgaben nach Afrika und die Interpellation über den die Stilllegung der Kohlengruben im Jahresbericht auf der Tagesordnung.

In den Nachrichten vom ostasiatischen Kriegsschauplatz ist abermals eine Stockung eingetreten. Es liegt heute kaum eine beachtenswerte Meldung vor. Aus Port Arthur wird berichtet, daß der „Befehlsführer“ in zwei, der „Retrospekt“ in acht Tagen wieder in die alte Schlachtlinie eintreten kann. Die Reparaturen sind beendet.

Einer Petersburger Drahtung zufolge erließ der Finanzminister eine Verordnung, wodurch die Verbindlichkeiten der Einwohner in Sibirien und im russischen Orient bis zum Ende des Krieges in der Schwebelage bleiben. Diese Maßregel wurde zur Unterstützung der Bevölkerung der durch den Krieg besonders betroffenen Gebiete ergriffen und gewährt Ausschub für Zahlung von rund 80 Millionen Rubel.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird, wie der „Vorwärts“ gegenüber einer durch die Presse gegangenen unrichtigen Meldung feststellt, in der dritten Septemberwoche in Bremen abgehalten werden.

Die Fabrikation von Wahlkaverts. Unserm Erfurter Parteiblatt liegt ein amtlicher Wahlzettelschlag vor, der aus der Verpächter Papier- und Briefumschlag-Fabrik, G. m. b. H., Arnstadt in Thüringen stammt. Zugleich erhält die Erfurter „Tribüne“ die Mitteilung, daß die Fabrik „große Kosten der amtlichen Wahlkaverts so schnell wie möglich für die Regierung anfertigen muß.“ Als der „Vorwärts“ vor einigen Wochen mit einer ähnlichen Mitteilung aufwartete, gab es bekanntlich anfangs ein heftiges Ablaunen, später ein zerstücktes Belkennen der Diktatoren. In die Sachfrage getrieben, redeten sie sich mit der Verlegenheitsangabe heraus, der preussische Minister des Innern, nicht ein Reichsamt hätte die Bestellungen erteilt. Auf die Frage, aus welchen Gründen der Fabrik strenge Geheimhaltung und mögliche Verschleierung der Fabrikation anzuordnen worden war, wußten die Diktatoren nichts mehr zu erwidern. Später wurde aus süddeutschen Quellen bekannt, daß süddeutsche Regierungen die gleichen Geheimsachen an süddeutsche Fabriken abgegeben hätten. Wieder die Frage nach dem Warum und wieder das Schweigen der Diktatoren. Nunmehr kommt unser Erfurter Parteiblatt und stellt bezüglich einer Verpächter Fabrik das gleiche fest. Die Frage nach dem Waschsal wird vermutlich wieder nicht beantwortet werden. Daß die Bestände an Wahlkaverts auf die erforderliche Höhe gebracht werden, ist an sich nicht unverständlich. Mythen und zu Mutmaßungen anreizen bleibt nur die ganz unerklärliche Eile, die den Fabrikanten vorgegeben, und die Geheimnisthümerie, die ihnen zur Pflicht gemacht wird. Wenn Bülow der „starke Mann“ wäre, der er nicht ist, könnte man auf die Vermutung kommen, er wolle sich auf einen Wahlkampf einrichten, der um die kommende Flottenvorlage als Parole freige. Da aber Bülow vor nichts mehr Furcht hat, als vor „inneren Kriegen“ — weshalb da in aller Welt Eilefertigkeit und Schwärzbarkeit?

Die Nationalliberalen und das Wahlrecht. Der neugewählte nationalliberale Zentralvorstand hat am Sonntag in Berlin seine konstituierende Sitzung abgehalten. Bei dieser Gelegenheit hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Sattler eine Rede, in der er nach dem Bericht der „Nationalliberalen Korrespondenz“ sagte: „Trotz des schweren Kampfes nach verschiedenen Fronten verwerfe die nationalliberale Partei mit Entschiedenheit die Ausnahme-gesetze gegen die Sozialdemokratie und Landbesitzer, die auf eine Abänderung des bestehenden Reichstagswahlrechts hinarbeiten.“ — „Allzu entschlossen fragt diese Entschiedenheit nicht. Sie entspricht vielmehr für die Befürworter der Arbeitervertretung und des Wahlrechts eine heftigste Entschiedenheit.“ Der schwere Kampf nach verschiedenen Fronten wird als ein Umstand hingestellt, der zwar gegen die Befürwortung des bestehenden Reichstagswahlrechts spreche, trotzdem aber nicht entscheidend ins Gewicht fallen dürfe. Wo, wenn dieser Kampf immer schwerer wird, wenn die Wähler die Zusammenfassung der nationalliberalen Partei immer deutlicher erkennen? — Nach Sattlers Vortrag wurden die von uns schon mitgeteilten Resolutionen des Herrn Reich in „Altonaer Tageblatt“ durch förmlichen Beschluß „wichtig.“ Daß aber der preussische Nationalliberalismus das bestehende Wahlrecht im Landtag zu festigen sucht und dadurch die Gefahr für das Reichstagswahlrecht viel stärker vermehrt, als Herr Reich mit seinen Gepfundenen, ist nicht mißbilligt worden.

Aus einer kleinen Garnison. Der in der großen Welt berühmte gewordene Verfasser der kleinen Garnison, Leutnant A. D. Wille, hat nach seiner vor einer Woche erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis eines Strassburger Internierers gegenüber erklärt, daß er seinen Schlüsselroman nicht geschrieben haben würde, wenn kein direkter Vorgesetzter, der damalige Landdirektor v. B., ihm in einer Audienz dieses Wort gesprochen haben würde. Dem habe er damals aber mit der Aufregung seiner Enthüllungen begonnen, als der Vorgesetzte ihn mit dem Wortes unterbrochen habe: „Mein lieber Herr Leutnant, ich habe Ihnen allerdings eine Audienz erwirkt, ich wünsche aber nicht, daß Sie dieselbe ausnutzen, um mir hier lobende Zeilen des Disziplinarorgans auszusprechen.“ Nach dieser Abfertigung habe er sich entschlossen, in einem sogenannten Roman zu erzählen, was er dem Vorgesetzten nicht erzählen durfte. Gewissenhafte Absichten hätten ihn nicht geleitet; niemand hätte annehmen können, daß das Buch ein solches Aufsehen machen werde. — Dem ist beizufügen. Der Gewinn kommt auf das Konto der Militärverwaltung, die mit ihrem Prozeß für den Abg. sorgte. Unverkümpelt hätte Wille von den Diktatoren der ersten Auflage, die er aus eigener Tasche bestritten, kaum einen Pfennig wiedergesehen. Ferner wäre ihm die Lust zur Schriftstellerei wohl vergangen. Jetzt natürlich hat er es auf seine Lebensplanung. Er bereitet neue Veröffentlichungen an, deren Kriegsminister v. Einem nicht ohne Bangen entgegen sehen wird. Das kommt davon, daß nicht einmal beim Leutnant wirklich ein Beschwerdebuch eingeräumt worden ist.

Die Verluste der Aufständler in Südwestafrika nach dem Herero-Aufstand werden in einer den

Mitgliedern der Budgetkommission zugegangenen Denkschrift auf 5 Millionen Mark für Vieh, 137 000 Mark für Häuser, 484 000 Mark für totes Inventar, 702 000 Mark für Ausrüstungsgegenstände und 389 000 Mark für Mobilien, Kleider und Wäsche geschätzt. Die Denkschrift der Regierung spricht die Hoffnung aus, daß Ersatz, wenigstens des größten Teils des geraubten Viehes, durch das Privatvieh geleistet werden kann.

Militärjustiz gegen Soldatenschinder. Das Kriegsgericht der 16. Division hatte einen wegen Mißhandlung Untergebener oft vorbestraften Sergeanten des Infanterie-Regiments Nr. 161 in Trier zu drei Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Es heißt in der Anklageschrift, daß der Sergeant die Untergebenen bei jeder Gelegenheit mißhandelt habe; er schlug sie mit dem in der Scheide steckenden Seitengewehr auf den Kopf und mit der Kloppe über Kopf und Nacken. Infolge der Mißhandlungen, die er durch den Sergeanten zu erdulden hatte, versuchte ein Musketter sich das Leben zu nehmen, konnte aber noch gerettet werden. Infolge des Leumundszeugnisses, das der Hauptmann und der Feldwebel dem Sergeanten ausstellten, hob das Ober-Kriegsgericht das Urteil bezüglich der Degradation auf. Nach drei Monaten kann der Soldatenschinder also weiter seines Amtes als Sergeant walten und weiter wehrlose Soldaten in den Tod treiben. Daß der Mensch das Dürden Untergebener für die Folge unterlasse, ist ganz ausgeschlossen. Diese Strafe wird ebenso wenig fruchten, wie die vielen Vorstrafen. Das Kriegsgericht hatte deshalb auf Degradation erkannt als das Mittel, dem Sergeanten die weitere Möglichkeit zu Soldatenschindereien zu nehmen.

Kleine politische Nachrichten. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat über die Wahl des Abg. Dr. Becker, der als Vertreter für Offenbach-Dyburg der nationalliberalen Fraktion als Hospitant angehört, Beweiserhebung beschlossen. — Die Budget-Kommission des Reichstags bewilligte den Ergänzungsetat für die Schutzgebiete, welcher 2 000 000 Mark fordert zur Gewährung von Entschädigungen für Verluste anlässlich des Herero-Aufstandes. — Die beiden früheren Direktoren der Pommerischen Hypothekenbank Schulz und Kromeid, deren Prozeß am 2. Mai wieder beginnt, wurden nach Berliner Meldungen auf Beschluß der Strafkammer wieder verhaftet. — Der Herr Kriegsminister, Generalleutnant v. Einem, hat die Leipziger, Muldentaler und Altenburger Volkszeitung beim Kadi verklagt. Ein Artikel, betitelt: „Lautstärke“, der sich mit Offiziersverhältnissen befaßt, ist der Grund zur Klage. Der verantwortliche Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Wagner, wurde am Montag dieserhalb vernommen. Der Prozeß kann sehr interessant werden. — Wie aus Paris gedruckt wird, verurteilte das Kriegsgericht des 4. Armeekorps den Infanteristen Lafontaine wegen Laßklags zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit und Degradation. — Dem amerikanischen Repräsentantenhaufe ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welchen die Einwanderungsgesetze abgeändert werden sollen.

Rußland.

Arbeiterdemonstrationen in Warschau. Am Dienstag v. B. wurde auf der Rückkehr vom Begräbnis des Genossen Beckowski eine Demonstration veranstaltet. Die Menge zog unter fürmischen Rufen: „Nieder mit dem Zar! Hoch der Sozialismus!“ zur Stadt. Am Donnerstag fand eine Massendemonstration statt, an der viele tausende Arbeiter teilnahmen. In das Krankenhaus wurde die Leiche eines in der Zitabelle verstorbenen Genossen gebracht. Am Abend sollte er begraben werden. Die Nachricht von dem Begräbnis bez in der Zitabelle zum Tode beförderten Genossen verbreitete sich mit Windeseile durch die Arbeiterbezirke. Tausende strömten vor das Krankenhaus und gaben ihrer Erregung in fürmischen Rufen: „Nieder mit dem Zar!“ Ausdruck. Der Wagenverkehr wurde eingestellt, die Straßenbahnen mußten stehenbleiben. Plötzlich erklangen die Klänge des polnischen Parteiliedes „Die rote Standarte“ und tausende sangen das revolutionäre Kampflied. Die Behörden schickten nun die Feuerwehre mit Spritzen, um die Menge auseinanderzusprengen. Im Nu waren die Feuerwehrlente überwältigt und mußten sich zurückziehen. Nachdem die Verwaltung erklärte, daß das Begräbnis nicht stattfinden würde, zog die Menge weiter. Verhaftungen sind weder am Dienstag noch am Donnerstag vorgenommen worden.

Österreich-Ungarn.

Ein Streit aller Angestellten der Staatsbahnen droht in Ungarn anzubrechen. Für den heutigen Mittwoch haben die Angestellten eine Landesversammlung zur Besprechung der Gehaltsregelung nach Budapest einberufen. Der Handelsminister hat zwar unter Androhung strengster Strafen die Versammlung verboten, wie aber Berichte aus allen großen Stationen melden, werden sich die Eisenbahner diesem Verbot nicht fügen.

England.

Antisemitische Exzesse in Irland. Ein katholischer Geistlicher namens Cragg hat in Limerick eine Predigt gehalten, die so jüdenhätiger Natur war, daß ernste Aufrufe erfolgten. Im Zeitraum der letzten 14 Tage kamen, besonders von halbwildigen Burthen, 40 Angriffe auf Juden vor. Die Behörden schreiten energisch ein und verurteilten einen Knaben aus guter Familie wegen eines solchen Angriffes zu einem Monat harter Arbeit. Der Richter erklärte dabei mit Recht, daß diese Strafe eigentlich den Veranlasser der Hege treffen müsse.

Afrika.

Ein Aufstandsversuch in Transvaal? Wie der „Morning Post“ aus Pretoria gemeldet wird, sollen sich 70 Holländer heimlich von Johannesburg nach dem Lydenburg-Distrikt begeben haben, wo verabredungsgemäß angeblich ausgedehnte Waffen- und Munitionsvorräte auf sie warten. Eine Untersuchung habe ergeben, daß sie beabsichtigten, sich durch Plünderungen der in den Außenbezirken liegenden Banken und Geschäftshäuser, in den Besitz von Geldmitteln zu setzen und dann sämtliche Farmen im Norden von Transvaal aufzusuchen, um dort Leute zu einem Aufstand anzuwerben. — Nach den letzten Meldungen schreift die Alarmnachricht zu einer wirklichen Räubergeheule zusammen. Der „Morning Post“ wird aus Pretoria vom Montag gemeldet: Der Postler ist es gelungen, den Fahrer und sechs Mitglieder der Bande von

achtzig Holländern gefangen zu nehmen, die nach dem Sydney-Distrikt unterwegs war, um Banken und Läden zu berauben.

Amerika.

Notstand in Brasilien. Nach Nachrichten aus Nordbrasilien herrscht dort anhaltende Trockenheit und Hungersnot. Die Not ist in den Provinzen Ceara, Rio grande do Norte sehr groß. Die Bundesregierung leitet die Auswanderung der Bewohner nach Süden. Die Zeitungen eröffnen eine Subskription.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 20. April.

Die Wahrheit über den Bäckerstreik. Wohl bei keinem Streik sind seitens der Arbeitgeber und der ihr geistesverwandten bürgerlichen Presse so viele Verdrehungen und Verleumdungen zu Tage gefördert worden, als bei dem gegenwärtigen Bäckerstreik. Fast jeder Tag bringt neue Verdächtigungen und Unrichtigkeiten. Um nun die Handlungsweise der Innung resp. deren Presse ins rechte Licht zu stellen und gleichzeitig die Ursachen des Streiks und die Stellung des brotkonsumierenden Publikums zu demselben zu beleuchten, findet heute, Mittwoch, Abend bei Baetau, Fackenburg, eine Volksversammlung für die dortigen Anwohner statt. Zum morgigen Donnerstag ist dann eine Volksversammlung nach dem „Bereinshaus“ einberufen worden. Referent in beiden Versammlungen ist der Zentralvorsitzende des Bäckerverbandes, D. Wilmann aus Hamburg. Männer und Frauen, erscheint zahlreich!

Die Wäckerinnung verfällt, wie uns die Lohnkommission der Bäcker schreibt, auf immer sonderbarere Mittel, um das Publikum anlässlich des Streiks irre zu führen. In der heutigen Annonce der bürgerlichen Blätter behauptet sie nämlich, daß sieben bei Innungsmeistern beschäftigte Gesellen die Arbeit niedergelegt haben. In Wirklichkeit beträgt diese Zahl aber 23. Außer diesen streikten jedoch bekanntlich noch die Arbeiter der Brotfabriken. Uebrigens ist es sonderbar, daß die Meister, trotdem seit Sonntag alles in Bewegung setzen und bereits seit Wochen Arbeitswillige heranzuziehen versuchten, nicht imstande waren, Sonntag Nacht die Plätze sämtlich zu besetzen. Und das alles der sieben Mann wegen! — Den Innungsgewaltigen ist auch sehr gut bekannt, daß die Hauptforderung die Abschaffung des Kost- und Logiswesens und die Festsetzung eines Minimums ist. Aus diesem Grunde müssen diejenigen Betriebe, in denen diese Forderungen innegehalten werden, ohne weiteres als geregelt angesehen werden. Das sollte selbst den Innungs „herren“ einleuchten.

Das Ende des Prozesses Schmeer. Bekanntlich hatte der Ingenieur Schmeer, jetzt in Stettin, sich im Jahre 1902 in zwei Flugblättern mit dem jetzt in Frankfurt a. M. ansässigen Vaudirektor Schaumann beschäftigt. In diesen Flugblättern wurden mehrere Beleidigungen entworfen, die zur Erhebung der Anklage führten. Schmeer wurde darauf zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Revision führte zur Aufhebung dieses harten Urteils. In der zweiten Verhandlung wurde auf sechs Wochen Gefängnis erkannt. Auch hiergegen legte Schmeer Revision ein, die er persönlich vor dem Reichsgericht vertrat. Diktator wies dieselbe jedoch zurück, so daß die Ehre des Herrn Schaumann nun definitiv wiederhergestellt ist.

Zum Bäckerstreik erhalten wir von Herrn Dr. Witzlern folgende Zuschrift:
„Namens und im Auftrage 1. der Fahrenkruger Brotfabrik, Th. Severin in Fahrenkrug, 2. der Dampfrotfabrik Fahrenkrug, Behrens in Fahrenkrug, erlaube ich Sie, dieses Schreiben gemäß den Vorschriften des § 11 des Preßgesetzes im Lübecker Volksboten zum Abdruck zu bringen. In No. 90 des Lübecker Volksboten vom Sonntag, den 17. April 1904 ist unter der Rubrik 'Lübeck und Nachbargebiete' mitgeteilt, daß mit den Inhabern der Fahrenkruger Brotfabriken eine Einigung erzielt sei. Diese Tatsache ist unwar. Richtig ist vielmehr folgendes: Ein Herr vom Zentral-Verband in Hamburg ist bei den Inhabern der Fahrenkruger Brotfabriken gewesen und hat gefragt, ob die Gesellen während der zwölfstündigen Arbeitszeit anderthalb Stunde Mittagspause hätten. Die Frage ist bejaht worden. Die von der Lohnkommission in Lübeck aufgestellten Forderungen sind überhaupt nicht berührt. Eine Einigung ist daher auch nicht erzielt.“

Seitens der Lohnkommission der Bäcker wird uns im Anschluß an vorstehende Berichtigung mitgeteilt, daß bei Herrn Severin bis jetzt 12 Stunden in der Schicht gearbeitet worden ist. Im Auftrage der Lohnkommission setzte sich kürzlich der Gauveiter Dieker aus Hamburg mit Herrn S. in Verbindung. In Gegenwart des Inhabers der zweiten Brotfabrik, Herrn Behrens, verpflichtete sich dann Herr Severin, von nun ab seinen Leuten 1 1/2 Stunde Pause zu gewähren. Mehrere Arbeiter des Herrn S. haben der Lohnkommission hiervon dann auch persönlich Mitteilung gemacht.

Die Steinsager in Rostock haben über die Firma Potenberg u. Schimming daselbst die Sperre verhängt. Es handelt sich um von der genannten Firma auszuführende Arbeiten auf der Rostock-Lager und Gültrom-Budower Chauffee.

Nicht ausgeführte Sperrung. Die beabsichtigte Sperrung des Schiffsverkehrs unter der Eisenbahnbrücke über die Trave bei Neede wird nach einer Bekanntmachung der Baudeputation einstweilen nicht erfolgen; die Zeit der Sperrung wird später bekannt gegeben werden.

Sperre-Verhängung. Der Lokal-Verband der Hafnarbeiter Lübecks verhängte gestern die Sperre über die Firma A. Langhals u. Co. (Inhaber Gosh), weil dieselbe den vom Rheiderein und der Handelskammer genehmigten Lohnarif nicht anerkennen wollte.

Die Lohnkommission. Die Zusammenkunft der nordwestdeutschen Volksbibliothekare, die auf Anregung von Dr. Ernst Schulze-Hamburg zuerst im Februar 1903 in Hamburg zusammentrat, wird auch in diesem Jahre wieder stattfinden, und zwar Sonntag, 1. Mai, in Lübeck. Die Zusammenkunft bezweckt, den Bibliothekaren der Volksbibliotheken in den kleinen Städten und Dörfern die Möglichkeit gegenseitiger Aussprache zu gewähren, und ihnen einen Einblick in die Verwaltung und den Betrieb anderer Volksbiblio-

theken zu ermöglichen. So wird die diesjährige Zusammenkunft mit einer Festigung der Lübecker Öffentlichen Bücher- und Lesehalle (Mergelstraße 10) beginnen (vormittags 10—11 Uhr), über die Herr Dr. Vint einen kleinen Vortrag halten wird. Die Verhandlungen selbst beginnen pünktlich 12 Uhr im Hause der Gemeinnützigen Gesellschaft, Lübeck, Rönigstr. 5, in dem später auch gemeinschaftliches Mittagessen (zu 1,50 Mk.) stattfindet. Von den Vortragern sei erwähnt, daß Dr. Ernst Schulze über den Kampf zwischen dem Buchhandel auf der einen, der Wissenschaft und den Bibliotheken auf der anderen Seite berichtet wird. Ferner wird Herr Professor Schnoor-Neumünster über die Erhebung von Besoldungen und insbesondere über die Frage eines Zusammenschlusses der kleinen Volksbibliotheken zwecks Einrichtung von Wanderbibliotheken beraten werden. Da die Versammlung am Sonntag stattfindet, ist jedem Bibliothekar die Möglichkeit der Teilnahme geboten. Meldungen zur Teilnahme werden an Dr. Ernst Schulze-Hamburg Grobhorst, oder an Dr. Vint, Lübeck, Öffentliche Lesehalle, erbeten.

Zuzug von Bäckern und Mietern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Genossenschaftsregister. Am 15. April 1904 ist bei der Zentralankaufsstelle für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Lübeck, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck eingetragen worden: B. A. Strad ist aus dem Vorstand ausgeschieden und an seine Stelle der Ingenieur W. Fehler in Lübeck in den Vorstand gewählt.

Im Wilhelmtheater veranstalten Donnerstagabend mehrere Mitglieder des Stadttheaters unter der Regie des Herrn Koffert eine Abschiedsvorstellung. Zur Aufführung gelangen neben dem Schwan „Hans Gudebein“ von Blumenthal Serenissimus-Zwischenstücke. Auch wird sich Fr. Dewald als Serpentinfänger in produzieren. Im Uebrigen verweisen wir auf die Annoncen in unserem Blatte.

pb. Leichenfledderer. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Hamburg, der dringend verdächtig ist, einem auf dem Walle hinter dem Bahnhof in trunkenem Zustande eingeschlafenen Schneider sein Portemonnaie mit etwa 60 Mark weggenommen zu haben.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wismar, der von einem an der Obertrave haltenden Wagen eine Korbflasche mit 10 Liter Rummel sich rechtswidrig angeeignet. — Des weitern wurde ein Arbeiter aus Dammtorf festgenommen, der in vergangener Woche in einer Herberge in Schönberg i. M. einem Reisefollegen ein Portemonnaie mit 7,50 Mk. aus der Tasche stahl. — Ein hiesiger Schlachtermeister brachte zur Anzeige, daß ihm in der Nacht vom 15.-16. ds. Mts. aus seinem Aufbewahrungsraum im hiesigen Schlachthaus ein Stück Schweinebauch im Gewichte von etwa 16 Pfund gestohlen sei.

Travemünde. Die Entleerung der Gruben und die Abfuhr ihres Inhalts hat nach einer Bekanntmachung des Polizeiamts in der Wehregemeinde Travemünde Strand in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 9 Uhr vormittags Werktags zu erfolgen.

r. Gutin. Das Los eines Arbeitswilligen. Der Arbeiter Bohnhof hatte 3 Monate in Malente dem Zimmermeister Steffen, über dessen Geschäft bekanntlich seit Januar d. Js. die Sperre verhängt ist, als „nützliches Element“ gebietet. Schließlich gab er diese „nützliche“ Beschäftigung jedoch auf und versuchte, in Gutin Arbeit zu erhalten. Am Montag voriger Woche gelang es ihm, solche in der U. Westphälischen Webefabrik zu erhalten. Die organisierten Arbeiter dieser Fabrik wollten ihm seine unschöne Handlungsweise vor Augen führen, was ihn jedoch wenig rührte. In der Besperzeit wurden sie sich nun dahin einig, dem Fabrikanten die Sache vorzustellen. Dieser stellte den Arbeitern zunächst die Frage, ob sie alle organisiert seien. Nach Bejahung dieser Frage entließ er den Arbeitswilligen wieder.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Tarifforderungen der Schneider sind in Hamburg in 189 und in Altona in 37 Geschäften bewilligt worden. In Altona haben die Schneider in den übrigen Geschäften gestern Morgen die Arbeiten eingestellt. In Wandsbek ist über die Firma Rudolf Karstadt die Sperre verhängt worden. — Wieder verurteilt worden ist Genosse Weniger in Harburg, der als früherer Vertrauensmann der Partei sich geweigert hatte, der Polizei ein vollständiges Mitgliederverzeichnis einzurichten, da nach der Gründung des Vereins ein Verzeichnis der Mitglieder zur Polizei gegeben und jede Veränderung im Bestande angezeigt worden sei. Das Schöffengericht in Harburg sprach Weniger frei. Auf Berufung der Staatsanwaltschaft verurteilte ihn das Landgericht Stade zu 15 Mark Geldstrafe. Auf die Revision des Angeklagten hob das Kammergericht das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zu Stade zurück, das am Sonnabend Weniger wieder verurteilte. Gegen dieses Urteil ist nun abermals Revision eingelegt worden. — Die Arbeit niedergelegt haben die Steinsager und Kammer des Steinsagermeisters Jans in Gurslad bei Bergedorf. Die Arbeiter beanspruchten den Bergedorfer Lohn, welcher für Steinsager 55, für Kammer 45 Pf. pro Stunde beträgt, während Jans nur 50 Pf. für Steinsager und 40 Pf. für Kammer zahlt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Beim Versteckspielen hatte sich in Döckenhudeu bei Altona ein neunjähriger Knabe in einer Grandgrube ein Loch gegraben und war dort hineingeklettert. Hier mußten nun die Waffeln den Kleinen verschüttet haben, denn am Abend fand man ihn dort erstickt vor. — Das Kieler Schöffengericht verurteilte den Amisgerichtssekretär Möller aus Breck wegen Unterschlagung von Zeugengebühren, Verwendung eingezogener Gerichtskosten in eigenem Interesse und Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis und Unfähigkeit, in den nächsten drei Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden. — Bei dem Feuer in Poort bei Schwerin sind auch 750 Mk. des Besitzers Groth mitverbrannt.

Hamburg. Revolution in — der Bäckerherberge. Man schreibt dem „Sg. Echo“: War das ein Leben am Montag in der jüngstlichen Bäckerbude! In Lübeck haben die Backstubenflawen sich aufgeregelt, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas aufzubessern. Da gilt es für die hiesigen Backstubenherren, das Handwerk zu retten und Streikbrecher für die Lübecker Junstgenossen zu exportieren. Aber die verhassten Verbandsgegellen verderben mitunter die schönsten Innungspläne. — Heute ein Gesellenauskunftsmittglied den Arbeitsnachweis kontrollierte und einige Kollegen, denen, weil sie nicht Streikbrecherdienste in Lübeck leisten wollten, nun der Arbeitsnachweis gesperrt wurde, auf den durch Innungsreglement vorgeschriebenen Beschwerdeweg wies, wurde dem Gesellenauskunftsmittglied vom Junstgewaltigen

Knoft mit Stentortimme ein „Arrraus“ zugerufen. „Was beschweren wollt Ihr Euch und weiter nichts? rraus! rraus!“ rief Herr Knoft die beschwerdeführenden Gesellen an. Damit nun aber doch nicht etwa so ein Verräter des Meisterprofits sich in den heiligen Innungshallen aufhalte, tutele der Innungswirt Degler in daselbe Horn. Die Backstubenarbeiter aber zogen nach der freundlichen Aufforderung des Herrn Obermeisters alle hinaus, der Streikbrecheragentur und Innungsherberge den Rücken wendend, sie hatten genug von solchem „Geim der Gesellen“. Jedenfalls wird die Aufsichtsbehörde für die Innungen den Herren, die auf dem Holstenwall so recht nach Belieben wider die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes handeln, einen kräftigen Seifensieder aufsetzen.

Hamburg. Ein Justizirtum? Wie kürzlich berichtet, hat der Senat das gegen Weiglin wegen Mordes erkannte Todesurteil in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Dieses Urteil ist somit rechtskräftig. Die vom Reichsgericht anerkannte Revision ertrug sich nur auf die wegen Totschlagsversuchs verhängte Strafe von 5 1/2 Jahren Zuchthaus. Nach der Auffassung des Schwurgerichts soll Weiglin den Totschlagsversuch am Vormittag, den vollendeten Mord am Abend deselben Tages begangen haben. Die Affaire kann sich noch sehr verzwick gestalten. Nach Auffassung vieler hervorragender Juristen handelt es sich überhaupt nur um einen vollendeten Totschlag. Kommt das nächste Schwurgericht zu der Ueberzeugung, daß die Tat am Vormittag sich nicht als verjühter, sondern als vollendeter Totschlag qualifiziert, dann kann Weiglin nicht am Abend den Mord begangen haben. Er hätte somit eine Tat begangen, die nur bis zu 15 Jahren Zuchthaus bestraft werden kann. In diesem Falle müßte hinsichtlich des rechtskräftig gewordenen Teils des Urteils ein Wiederaufnahmeverfahren stattfinden. In den nächsten Tagen wird sich das Schwurgericht mit der Frage zu beschäftigen haben.

Stade. Fluchtversuch und Mitteilungen eines Mörders. Wie noch erinnerlich sein dürfte, ist der Arbeiter Meyer aus Sump bei Dobrod wegen Ermordung des Gastwirts Strund u Cabenberg-Langensfelde vom Schwurgericht zu Stade zum Tode verurteilt worden; er harret jetzt im hiesigen Gefängnis der Vollstreckung des Urteils. In einer der letzten Nächte versuchte Meyer den Aufseher zu erdroffeln und sich dadurch den Weg zur Freiheit zu bahnen. Dieses mißlang jedoch und hatte für ihn die Folge, daß er noch fester in Ketten gelegt wurde. Daraufhin hat er nun angegeben, daß sein Bruder vor Jahren seinen Vater ermordet habe. Der Bruder ist daraufhin inzwischend verhaftet worden. Tatsache ist, daß der Vater vor etwa fünf Jahren erhängt aufgefunden wurde und daß die Untersuchung damals ergab, daß Mord und nicht Selbstmord vorliege. Es ist denn damals gleich, als Meyer wegen Mordes an Strund in Untersuchung kam, auf diesen Mord an dem Vater zurückgegriffen und eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet worden.

Bremervorhaben. Vom Terrorismus des Arbeitgeerververbandes. Ein Gastwirt in Lehe wollte sich auf dem Boden seines Hauses einen Holzverschlag machen lassen und beauftragte mit der Ausführung dieser Arbeit einen ihm gut bekannten Zimmergesellen, welcher dieselbe bei passender Gelegenheit fertig stellen sollte. Als einige Scharfmacher vom Arbeitgeerverband dies zufällig erfuhren, zwan gen sie den Gastwirt unter Androhung des Boykotts, die Ausführung der Arbeit durch den Zimmergesellen zu unterlassen, und dieselbe einem Mitglied des Arbeitgeerververbandes zu übertragen. Leider ließ sich der betr. Gastwirt durch die Drohung des Boykotts einschüchtern. Für den Terrorismus des Arbeitgeerververbandes ist aber auch dieser Fall typisch.

Verden a. d. Aller. Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Der Maurer Balke und der Kupferhändler Harms, beide verurteilt, hatten sich am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Durch die Verhandlung wurde nur Harms der Majestätsbeleidigung schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Balke wurde freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Es wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt.

Rekte Nachrichten.

Gießen a. d. R. Risiko der Arbeit. Auf der Zeche Julius Philipp wurden drei Bergleute verschüttet. Zwei sind tot.

Budapest. 19 Mädchen ertrunken. Bei Kocnacsi im Sohler Komitat sind Sonntag 19 Mädchen, im Alter von 14 bis 16 Jahren, die im Kahn über den Dravfluß setzten, durch Umkippen des Bootes ertrunken. Sechs Inassen des Kahns konnten gerettet werden.

Gestern morgen 7 Uhr starb nach langem unerbittlichem Kampfe unsere liebe süße Tochter Helens im Alter von 3 1/2 Jahren. Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern und allen, die ihr nahe standen.

Jal Stenke und Frau, geb. Busch
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 2 Uhr von der Ritterstr. 12a aus statt.

Ein febl. möbl. Zimmer u. Vorzug
zu vermieten Brüderstraße 5, II.

Durch Zufall sofort eine Wohnung für kleine Familie zu vermieten
Kl. Riesen 5

Gesucht mehrere Modelltischler
von der
Lübecker Modelltischlerei,
Friedenstraße 54.

Gesucht 6 bis 8
Maler-Gehilfen.
Heinr. Müßig, Karpentstr. 18.

Mehrere tüchtige
Maler-Gehilfen
sofort gesucht.

Behnke, Maler, Findenstr.

Sarg-Magazin

Fernsprecher 427. Gebr. Mütter
obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Mehrere leichte Kollwagen

zu kaufen gesucht.
Off. u. L. G. B. an die Exped. d. Bl.

Ein anterb. Kinderschwagen
billig zu verkaufen. Näheres Böttcherstr. 4, I.

Spargel, Rosen- und Magnum bonum-
Pflanzkartoffeln zu verkaufen
Riegelstraße 112.

Verloren am Sonntag nachmittag auf dem
Allgem. Gottesacker ein Kinder-
tragen (Marinetragen). Abzugeben
Kaltenstraße 22.

Heinr. Tesenfitz
Lübeck, Breitestraße 11,
neben der Hansa-Bäckerei,
empfiehlt zu nachstehenden billigen Preisen:



Erstlings- Wäsche.

Erstlingshemden,
Pique- u. gestricke Jacken
von 20 Pf. an,
Kindertücher, gestäubt,
Dugend 4,00 Mk.,
Binden von 20 Pf. an,
Bände von 45 Pf. an,
Unterlagen von 30 Pf. an,
Gummianterlagen v. 40 Pf. an,
Schräge Tücher von 30 Pf. an,
Windel, Hosen von 60 Pf. an,
gestopfte Kissen
für den Kinderwagen
in allen Größen von 50 Pf. an.

Großer Möbel-Ausverkauf!
Wegen Vergrößerung meiner Geschäftsräume und Neubau meiner Werkstätten muss ich mein großes Lager von nur dauerh. und reell gearbeit. Möbeln auf kurze Zeit einräumen und daher, um schnell zu räumen, billig zum Verkauf. Wache hierauf Brautl. und Möbelführer besond. aufmerksam. Teilzahl. gerne gestattet.
H. Mohr
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
Engelsgrube 33, Schwibschensquaretstr. 1.

Eimerbier
jeden Mittwoch und Sonnabend von fünf Uhr nachmittags und Donnerstags und Sonntags morgen bis 9 Uhr.
H. Bade, Kürstr. 128.
Sämtliche Sämereien
wieder eingetroffen.
J. Böttcher, Friedenstraße 66.

Geschäfts-Gröpfung.

Meiner werten Kundschaft und einem verehrten Publikum von Lübeck und Umgegend zur Nachricht, daß ich am heutigen Tage im Hause

Mühlenstraße Nr. 27
ein

Lager solider Schuh-Waren

für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Kinder zu mäßigen Preisen eröffnet habe.

Es soll mein Bestreben sein, die mich Bechrenden mit der denkbar besten, fachmännisch richtig gearbeiteten Ware zu bedienen, für deren Haltbarkeit und gute Passform ich jede Garantie übernehme.

Gleichzeitig empfehle ich mich zur Anfertigung sämtlicher Maßarbeit und zur sachgemäßen Ausführung aller Reparaturen.

Hochachtungsvoll

Friedrich Busch, Schuhmachermeister,
Mühlenstraße 27. Brömsenstraße 16.

Lübeck, den 20. April 1904.

NB. Bestellungen und Reparaturen werden ebenfalls nach wie vor in meinem Hause Brömsenstraße 16 entgegen genommen.

Achtung! Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung

am Freitag den 22. April, abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1904.
 2. Einführung einer Einheitsmarke resp. Gründung eines Lokalfonds.
 3. Bericht der Agitationskommission.
 4. Kartellbericht.
- NB. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Kranken- u. Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter.
S. 5 Nr. 24.

General-Versammlung

am Montag den 25. April 1904
Abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1904.
 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
- Mitgliedsbücher sind vorzuziehen.
Der Vorstand.



H. Schultz
Uhrmacher.
Sohn: Johannisstrasse
jetzt:
Kürstr. 31.

In Stodellsdorf
60 Morgen Acker
Kartoffelland
in kleinen und großen Parzellen auf längere Zeit zu verpachten.
A. Johannsen in Lübeck,
Friedenstraße 2a.

Rahfoth's Limetta
beides alkoholfre. Getreidegetränk
kostet per 1 Liter Mk. 1.50
" 1/2 " 1 Liter Mk. 1.20
Man mische 9 Teile Wasser, Soda, Selters u.
und 1 Teil Limetta.
J. Schlichting, Untertrave 113.

Kartoffelland wird rutenweise am
Sonntag morgen 11
Uhr auf der Ziegelei in Stodellsdorf verpachtet.
Derzeitige Pachtung nimmt entgegen:
Carl Helm, Mühlenstraße, und
C. Michaelsen, Stodellsdorf.

Die Weberei von W. C. Kelling

(früher: F. J. W. Hopp)
5 Gr. Bauhof, Lübeck, Ecke der Effengr.
empfiehlt ihre gutgewebten

**Bett-, Tisch- und
Leinenzewege**
sowie doppelt gereinigte

Daunen u. Bettfedern
zu konkurrenzfähigen Preisen.

Sämtliche Kolonialwaren
sowie Brot aus der Genossenschaftsbäckerei.
Berger Flohmehring 10 Stück 30 Pf.
empfiehlt

Ch. Piel, Friedenstraße 78.
Gebe grüne Rabattmarken.

Kleiberkauf von
Krummmeier
Buntekuch-
Gütjenburger
Lübecker

Kimmel
sowie alle Spirituosen in bester Qualität
Gr. Gröpelgrube 55. G. Hamann.

Achtung!

Zimmerer

Verbands- Versammlung

am Donnerstag den 21. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Gesellen-Ausschuß.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1904
3. Kartellbericht.
Der Vorstand.

General-Versammlung der Maler

(Filiale Lübeck)
am Donnerstag den 21. April
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal.
2. Wahl.
3. Raiffeier.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag den 21. April:
Abschieds-Vorstellung
von Mitgliedern des Lübecker Stadttheaters unter
Leitung des Herrn Regisseurs Felix Hoffert.
Hans Hucklebein.
Schwan in 3 Akten von Blumenthal u. Kadelburg.
Neu! Neu!
Serenissimas-Zwischenpiele.
Zum Schluss:
Serpentin-Tanz - Frä. Verna Dewalb.
Vorkauf bei Herrn H. Dreifalt, Sandstr.,
und Herrn D. Vorchert, Breitestr.
Partett 1,20 Mk., Balkon 1,00 Mk., Parterre 50 Pf.
Anfang 8 Uhr.

Öffentliche Volks-Versammlung

am Donnerstag den 21. April
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:

1. Der Bitterkeit und das brotlosmüdernde Publikum.
Referent: O. Allmann, Vorsitzender des Bitterverbandes.
 2. Diskussion.
- Am 21. April nachmittags 5 Uhr
Der Einberufer.

Vereinigung ehemal. Schüler der Ambach- Rosehr'schen Schule

veranstaltet am
Sonntag den 24. April 1904
einen

grossen humoristischen Abend im Circus Variété Reuterkrug

ausgeführt von namhaften Künstlern und Dilettanten.
Preise der Plätze: Loge und Parterre 40 Pf., 1. Rang 30 Pf., 2. Rang 20 Pf., Gallerie 15 Pf.
NB. Galleriestellen sind nur abends an der Kasse zu haben.
Karten sind bei den Mitgliedern sowie in den Verkaufsstellen der Herren Sager, Köh-
mann, Köller, Goldenkämpe, John, Schäffelsbuden, und Kofß, Mühlenstraße zu haben.
Kassenschließung 6 1/2 Uhr.
Der Fest-Ausschuss.

Verantwortlicher Redakteur für den hiesigen Teil der Zeitung: Otto Friedrich. Verantwortlicher Redakteur für den hiesigen Teil der Zeitung: Otto Friedrich. Druck: Otto Friedrich. Druck: Otto Friedrich.

Scharfmachers Zukunftsstaat.

ST. Im Jahre 19... war ganz Deutschland mit einem Netz von Arbeitsnachweiser des deutschen Arbeitgeberbundes überspannt, und es war keinem Arbeiter mehr möglich, ohne Anrufung dieser Zwischenbehörde in Deutschland Brot und Beschäftigung zu finden. Hatten in früheren Zeiten die Räbelsführer Unterkunft in sozialdemokratischen Betrieben gefunden, so war ihnen durch ein neues Sozialistengesetz, das die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiter mit einem Schlag vernichtete, auch diese Möglichkeit abgeschnitten worden. Auch war es den Bestrebungen der Mittelständepolitiker endlich gelungen, ein allgemeines Verbot der Konsumvereine zu erwirken, wie es Professor Suchland und die Berliner Wädertänzung „Germania“ und andere schon im Jahre 1904 gefordert hatten. Wer also im Deutschen Reich die Möglichkeit einer Existenz suchte, mußte sich entweder an den Staat oder an den Arbeitgeberbund oder an die Organisation der Gütebesitzer wenden.

Der Austritt aus den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, soweit sie nicht durch das neue Ausnahmengesetz zerstört worden waren, wurde den Arbeitern zur Pflicht gemacht. Wer seine Kollegen anzuführen zu machen versuchte — etwa indem er die Höhe der ausgefüllten Dividende mit der der Arbeitslöhne verglich — oder gar zum Streik aufreizte, wurde sofort entlassen und von den Arbeitsnachweiser nicht mehr aufgenommen. Versuchte er es dann, sich etwa als kleine selbständige Existenz, als Krämer, Gastwirt, Zigarrenhändler durchzuschlagen, so ward natürlich dafür gesorgt, daß die gutgekundete Arbeiterschaft mit einem solchen Element nicht in Berührung kam: sein Laden, seine Wirtschaft unterlagen einem Verbot; wer dieses übertrat, hatte seine Entlassung zu gewärtigen.

Da das Reichstagswahlrecht in ein Klassenwahlrecht nach Muster des preussischen ver wandelt, die ausgeprochen sozialistische Presse unterdrückt, die mit dem Sozialismus verhält sympathisierende von allen Seiten hohllolliert war, gab es keine Möglichkeit, solche Zustände einer Kritik zu unterziehen.

Von allgemeinen Arbeitsniederlegungen konnte mangels einer ausgebreiteten Organisation und ausreichender Geldmittel nicht mehr die Rede sein. Kam es irgendwo zu einem partiellen Streik, so sorgten die Arbeitsnachweiser der Unternehmer für den sofortigen Nachschub Arbeitswilliger; war das nicht möglich, so erhielt der vom Streik betroffene Fabrikant ausreichende Unterstützung. Zudem sorgte die allgemeine Durchführung der Streikklausel dafür, daß seine Kunden die Einhaltung der Lieferungsfrist in solchem Falle nicht verlangen konnten.

Der letzte Streik, an den man sich erinnern kann, brach im Jahre 19... in der Röhrenfabrik in B. aus. Ein Arbeiter, der sich aufrührerisch geäußert hatte, so könne es nicht in alle Ewigkeit weitergehen, es sei eine Entwürdigung des Menschentums, bestimmte Ueberzeugungen mit der Strafe des Hungertodes zu ahnden, wurde sofort entlassen. Sein erneutes Arbeitsgesuch wurde von der Zentralkasse der Arbeitsnachweiser zurückgewiesen, und der Mann, der keine Möglichkeit des Fortkommens sah, ging mit seiner zahlreichen Familie in den Tod. Daraufhin hatten sich die Arbeiter der Röhrenfabrik zusammengesetzt und verlangte, daß in Zukunft wegen politischer Meinungen keine Maßregelungen mehr vorkommen sollten. Der Geheimkommerzienrat A. erwiderte darauf, daß er Herr in seinem Hause sei und es bleiben wolle, und daß er in seinem Betriebe nur königstrenue Arbeiter dulde. Am Tage nach dem Ausbruch dieser Zwischenfälle waren auch schon alle Posten der Röhrenfabrik neu besetzt, und die Entlassenen verdingten sich teils als Plantagenarbeiter nach Südamerika, teils auch endeten sie durch Selbstmord. Das war der letzte Streik.

Es ist selbstverständlich, daß die Löhne der Arbeiter

unter solchen Umständen einseitig durch die Unternehmerverbände festgesetzt, daß auch alle übrigen Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern diktiert wurden.

Das „Eltterpo“ der sozialen Gesetzgebung hatte nachgelassen. Die Durchführung der bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen war einem Staate anvertraut, in dessen gesetzgebenden Körperschaften die Unternehmer die Herrschaft führten, die Arbeiter aber nicht zu Worte kamen. Die weitere Anstellung von Fabrikinspektoren wurde als eine Beleidigung des patriarchalisch wohlwollenden, stets um das Heil seiner Arbeiter besorgten Unternehmertums abgelehnt. Im Jahre 19... starb der letzte Fabrikinspektor, nachdem er in seinem letzten Bericht festgestellt hatte, daß er alles vortrefflich gefunden und daß der soziale Friede erreicht, die nationale Arbeit geschützt und die Monarchie für ewige Zeiten gesichert sei.

Es gehört wahrhaftig nicht viel Phantasie dazu, die trockenen Paragraphen der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeber“ und die gelegentlichen programmatischen Äußerungen seiner Vertreter und Freunde in solche Bilder umzuwandeln. Sie entsprechen Zug für Zug nicht nur den Wünschen und Bestrebungen der Unternehmerklasse, die sich zu immer dichter Organisation zusammenschließt, sondern sie haben zum guten Teile in der Praxis des preussischen Staates und einiger anderer großen Arbeitgeber längst ihre Verwirklichung gefunden.

Der Zukunftsstaat der Scharfmacher hat also mindestens ebenso reale Existenz wie der der Sozialisten, wenn er auch nicht in Plato, Morus, Fourier und Fichte seine Schilderer und Lobredner gefunden hat. Er ist ein „Endziel“, genau so, wie die sozialistische Gesellschaft ein Endziel ist. Und wenn er — bis auf den vorstehenden skizzenhaften Versuch — noch nicht in der Form eines Staatsromans geschildert worden ist, so kommt das daher, daß seine Vorkämpfer nüchternere Beschäftigte sind, in denen ein einfaches Zahlenwort — etwa 50 Proz. — die höchsten feilschen Empfindungen weckt, deren sie fähig sind. Dann aber auch daher, daß für sie die Vorstellung von diesem Zukunftsstaate nicht erst aus der schöpferischen Phantasie geholt werden muß, vielmehr die historische Schilderung der antiken Despotieen, etwa des ägyptischen Sklavenstaates, dem Zukunftsstaate des industriellen Alleinbesitzes mit ziemlicher Vollkommenheit entspricht.

Es lände uns schlecht an, die Räbelsführer dieses kapitalistischen Putschs, die Vorkämpfer des reaktionären Kladderadatsch ihrer heillosen Pläne wegen zu verhöhnern, ihren Utopien zu verpöhlen. In einer Zeit der Kompromissucht, der immer wiederkehrenden Versuche, fürchtbar lassende Gegenätze zu verhüllen, oder zu überbrücken, heißt sich das Programm der Scharfmacher durch die Einseitigkeit seines Ziels, die Grobzügigkeit seiner Absichten sehr eindrucksvoll hervor.

Seiner Verwirklichung stehen auch keinerlei äußere Momente hindernd im Wege. Man erinnere sich doch nur daran, wie noch vor wenigen Jahren die Streikversicherung der Unternehmer als eine vollkommen undurchführbare Utopie hingestellt wurde. Nun, diese Utopie hat, wie Krimmichau bewies, bereits begonnen, reale Tatsache zu sein, deren weitere Entwicklung zu fördern eine allgemeine Organisation der Arbeitgeber wohl imstande ist.

Nicht viel anders verhält es sich mit dem Plane der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeber“, in ihrer Hand den ganzen Arbeitsnachweis zu konzentrieren, eine Armee fleißiger Streikbrecher zu organisieren und die bisher organisierten Arbeiter in die Heersfolge des Unternehmertums zu zwingen. Anfänge zu seiner Verwirklichung sind in der letzten Zeit deutlich genug hervorgetreten, besonders in der Berliner Metallindustrie, wo die Einzeichnung der allezeit Arbeitswilligen in Listen gefordert wird. Jeder Fortschritt dieser Versuche bedeutet einen Triumph des scharfmacherischen Zukunftsstaates, einen neuen Schritt zur Unterwerfung der

Arbeiterklasse, zur geistigen und körperlichen Verflabung des arbeitenden Volkes.

Kein Zweifel also, die Arme dieses Zukunftsstaates ist auf dem Marsche, und der Gegenwartsstaat, weit davon entfernt, auch nur „Neutralität“ zu üben, ist ihr Bundesgenosse und Lieferant. Hand in Hand mit ihren „rein wirtschaftlichen“ Bestrebungen geht das Verlangen nach weiterer Verkürzung der Meinungsfreiheit und Beseitigung aller politischen Volksrechte. Ein paar Jahre Rückgang, ja nur einige Jahre Stillstand der deutschen Arbeiterbewegung würden genügen, um das wohlgerüstete Heer ihrer Gegner über sie herfallen zu lassen: Nur die fortschreitende Aufklärung der Massen, nur ihre vollkommenste organisatorische Geschlossenheit vermag es zu bewirken, daß aus diesem Kampfe, in dem es kein Paktieren und kein Verhandeln, sondern nur ein Entweder-Oder gibt, der Zukunftsstaat der Arbeiter, nicht der der Scharfmacher als Sieger, hervorgeht. Mag sich die deutsche Arbeiterschaft zu diesem Kampf mit all dem Geiste wappnen, der einer solchen Zeit entspricht: „Wo um der Menschheit große Gegenstände, um Herrschaft und um Freiheit wird gerungen...“

Soziales und Partielleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Bantischer in Swinemünde ist beigelegt. Die Meister unterschreiben den vereinbarten Tarif mit Gültigkeit vom 15. Mai und erkennen ihn auch schon von dem Tage der Beilegung in der Wit an, daß die Akkordpreise schon jetzt nach dem neuen Tarife geregelt werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Auch sind alle Kollegen, welche sich im Streik befanden, in Arbeit gebracht worden. — Die Parkettbodenleger in Berlin und Umgegend sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben den Unternehmern einen neuen Lohnarif vorgelegt, der eine Erhöhung der Löhne um 10–20 v. H. fordert. Die Arbeitgeber haben die Forderungen abgelehnt, da der jetzt bestehende Tarifvertrag noch bis Ende September dieses Jahres läuft. Die Arbeiter glauben sich an den bestehenden Tarif nicht mehr gebunden, weil ihn die Arbeitgeber schon seit Monaten nicht mehr eingehalten haben. Wenn bis zum 1. Mai eine Einigung nicht erzielt ist, wollen die Parkettbodenleger in den Ausstand treten. — Die Ausstände der Metallarbeiter bei den Firmen F. Ergang und Sommermeyer u. Comp. in Magdeburg sind am Sonnabend zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Montag morgen ist in beiden Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen. Dagegen besteht auf den Pantherfahrradwerken der Konflikt fort, doch ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier die Verhandlungen zu einer Verständigung führen werden. — Die Maler und Badierer Leipzigs beschloßen am Sonntag mit 553 gegen 217 Stimmen, am Montag den 18. April in den Streik einzutreten. Die Forderung lautet unter Beibehaltung der bisherigen neunhündigen Arbeitszeit auf 55 Pf. Stundenlohn. — In St. Johann sind die Brauereiarbeiter der Aktienbrauerei und der Brauerei Neufang wegen Lohnunterschieden in den Ausstand getreten. — Die Bantischer in Stuttgart unterbreiteten den Unternehmern folgende Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Wegfall der Welperpause, Einteilung der Arbeitsentlohnung in 3 Klassen, Abschaffung der Akkordarbeit. — Der Streik der Splinger Friseurgeschulsen ist durch eine Einigung als beigelegt zu betrachten. — Sämtliche Dampfmaschinen-Arbeiter in Bombor in Ungarn sind in den Streik getreten.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Neuß (Rheinl.) siegte die christliche Liste.

Ziegelarbeiterstreik. Die Ziegelarbeiter der Wienerberger Ziegelwerke sind Montag mittag, ausgenommen die Dinarbeiter, in den Ausstand getreten. Die Zahl beträgt 900 männliche und 620 weibliche Arbeiter. Ein Teil der Forderungen der

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

108. Fortsetzung.

„Herr Notar,“ rief Hans, „ich bitte zu Protokoll zu nehmen, daß mich meine Braut heute Morgen noch „Sie“ und „Herr von“ genannt hat, und daß ich sie dafür gestraft habe!“ — und ehe das tief erröthende Mädchen nur ahnte, was er beabsichtigte, hatte er sie beim Kopfe gefaßt und küßte sie herzhaft ab.

„So,“ sagte er dann, „das wirst Du Dir hoffentlich merken, aber meinetwegen kannst Du's gleich noch einmal tun.“

„Aber Sie denken doch nicht daran,“ sagte jetzt auch Küßchen, „morgen schon die Verbindung mit Ihrer Braut zu schließen? Es wäre rein unmöglich, bis dahin alle die zahlreichen Formen durchzumachen, die in unserem Vaterland nun einmal für einen doch immerhin so wichtigen Schritt verlangt werden.“

„Nein,“ erwiderte Hans, „ich weiß, daß das unmöglich wäre, und mit einer solchen Hast möchte ich es auch Küßchens selber wegen nicht betreiben; aber unsere Verlobung wollen wir an dem Tage feiern und der Stadt damit verkünden.“

„Morgen?“ rief Küßchen erschreckt, „und in — in Deiner Eltern Hause?“

„Dafür mußt Du wieder einen Kuß haben, Schatz, für das erste Du,“ rief Hans mit glücklich strahlenden Augen — „und Du brauchst Dich hier nicht zu genieren, Lieb,“ setzte er herzlich hinzu. „Der alte wadere Herr Notar meint es so gut und tren mit uns wie ein Vater, und mit Mrz bin ich außerdem auf Du und Du.“

„Mit Herrn Mrz?“ rief Küßchen erstaunt.

„Ja,“ lächelte Hans, indem er dem kleinen Manne treuherrlich die Hand hinüberreichte; „das ist aber eine lange

Geschichte, die ich Dir einmal später erzähle. Nicht wahr, Mrz, wir sind Du und Du?“

„Ja, Hans,“ sagte der kleine Mann, und seine Augen blühten wie ein paar Diamanten — „und ich bin recht glücklich darüber.“

„Also, Küßchen, morgen Abend hol' ich Dich ab und stelle Dich der Gesellschaft als meine Braut vor...“

„Um Gottes willen, Hans,“ rief Küßchen erschreckt — „eh, ich Deine Eltern wieder gesprochen? Denke Dir nur, ich habe ja für mehrere Damen selbst für dieses Fest gearbeitet, und willst Du, daß sie mich über die Achsel ansehen und sagen: das ist meine Näherin, die sich Herr von Solberg zu seiner Frau ansehele!“

„Nein, Küßchen hat Recht, Herr von Solberg,“ sagte auch jetzt Notar Küßchen; „das geht nicht gut an und würde Sie beide nur in Verlegenheit bringen.“

„Und was sagst Du, Mrz?“ fragte Hans jetzt lächelnd den Bruder.

„Ich weiß es nicht,“ erwiderte der junge Mann; „nach unseren Standesbegriffen hier glaube ich selber, daß Du damit anstoßen würdest.“

„Da hast Du das rechte Wort getroffen, Mrz, nach unseren Standesbegriffen, nach denen auch Arbeit schändet. Schallers wurden noch überall eingeladen, obgleich man schon aller Orten wußte, daß sie dem armen, ehrlichen Handwerker nicht einmal seine saure Arbeit und seine Auslagen bezahlen konnten, und Küßchen, die sich, in die Welt hinauszuwerfen, heldenmütig und brav ihr Brod verdient und keinem Menschen einen Pfennig schuldig ist — nicht wahr, Küßchen?“ — sehen Sie, also die soll es nicht wagen dürfen, als meine Braut in meiner Eltern Hause zu erscheinen! — Vor wem brauchst Du die Augen niederzuschlagen, Mädchen? Vor keiner Fürstin der Welt — und glaubst Du, daß ich mich Deiner Schame weidlich geiarbeitet hast? Et, Herz, das habe ich selber getan, Holz gehackt und Tagelöhnerarbeit verrichtet, und bin darum nicht allein nicht schlechter ge-

worden, nein, ich habe auch ein gutes, freies Gewissen behalten und frohen Mut, einer ganzen Welt die Stirn zu bieten! Wie Du den Saal betrittst, bist Du nicht mehr die arme Näherin Katharina Peters, sondern die Baronesse Solberg — und fürchtest Du Dich, an meinem Arm Dich da zu zeigen?“

„Nein, Hans, nein!“ rief das junge Mädchen, jetzt selber in ihrer Aufregung erglühend. „Du hast Recht, ich war nur ein törichtes Kind, und wenn Du mich zu Dir hinaufziehst, so will ich mich auch Deiner würdig zeigen!“

„Das war wie mein altes Küßchen gesprochen,“ rief Hans, „und nun, mein Herz, mach Deinen Volkstaat zurecht — aber, alle Wüter,“ setzte er verlegen hinzu, „den wirst Du Dir erst schaffen müssen...“

„Nein, Hans,“ sagte Küßchen lächelnd, „ich habe noch ein Kleid, das ich als letztes Geschenk Deiner Mutter mit mir genommen, aber nie Gelegenheit bekam, es zu tragen. Das bedarf nur einer kleinen Nachhilfe, und es geht. Sorge Dich nur nicht um mich; einfach allerdings muß ich und werde ich mich kleiden, aber Dir auch keine Schande machen. — Doch nun muß ich fort,“ brach sie ab; „ich habe noch Arbeit übernommen und fest versprochen, und werde jetzt wahrlich mein Wort nicht brechen. Nicht wahr, das darfst Du nicht?“

„Nein, mein Herz,“ sagte Hans, ihre Stirn küßend, „nie im Leben. So erfülle denn jetzt Deine noch übernommenen Verpflichtungen, aber nimm Dir Hilfe, daß Du rasch damit fertig wirst.“

Küßchen schüttelte mit dem Kopfe. „Auch das geht nicht,“ sagte sie; „ich bin dem Herrn Notar hier nur noch eine Kleinigkeit für die Nähmaschine schuldig, und damit zahl ich Sie ab.“

„Aber, Küßchen!“

„Willst Du mir die Freude nicht lassen, die Maschine zum Andenken und mit dem Bewußtsein zu behalten, sie mit

Arbeiter wurde bereits nachmittags bewilligt, so daß eine baldige Beilegung des Ausstandes zu erwarten ist.

Eine umfangreiche Streikbewegung ist in Ungarn, trotz der polizeilichen Reaktionen, im Gange. Aus Budapest wird berichtet: Montag vormittag erschien ein Polizeikommissar mit einer Anzahl Konstabler im Streiklager der Zuckerbäcker, um es aufzulösen. Erst als der Polizeikommissar drohte, Gewalt anzuwenden, entfernten sich die Ausständigen und begaben sich in ihren Fachverein, wo die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen wurde. Ungefähr 800 Kohlenarbeiter haben in einer Versammlung beschlossene, Lohnhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit zu fordern und, falls die Forderungen nicht bewilligt werden, in den Ausstand treten. In Debreczin streikten die Bäcker in einem ähnlichen Ausstand. Infolge polizeilicher Auflösung einer Versammlung kam es zu großen Demonstrationen. Das Militär griff ein, als die Polizei sich als ohnmächtig erwies, und verhaftete viele. In Patban (Komitat Heves) sind sämtliche Arbeiter der Zuckerrabrik in den Ausstand getreten.

Eine internationale Sozialisten-Konferenz in Norischach beschloß die Schaffung einer Organisation für die Uferstaaten des Bodensees mit periodischen Versammlungen, Arbeiterfesten und Vereinbarungen über gegenseitige Beziehungen.

„Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.“ Die unter diesem Titel den älteren Genossen bekannte Festschrift des alten Viehweibes ist in unserer Parteiverlage, Buchhandlung Vorwärts, Berlin, in neuer Auflage erschienen. Viehweib hielt diese Rede am 5. Februar 1872. Die Broschüre ist jetzt mit einem neuen Vorwort versehen, in dem es heißt: „Diese, nun 32 Jahre alte Festschrift lebt noch in voller Jugendkraft, und so mag sich der Revolutionär durch sie abermals zu einer neuen Agitationstour in das Reich des Proletariats anschicken. Viele Tausende haben an dieser Schrift den Sozialismus lesen lernen, auch dem neuen heranwachsenden Geschlecht wird sie den Boden der Macht des Wissens, und dadurch zugleich das Wissen seiner Macht weihen.“ Die Schrift ist ein tropischer Protest gegen Staat und Gesellschaft durch die Gegenüberstellung der für Militär- und der für Bildungszwecke angewendeten Mittel. Was der „Alte“ damals sagte, gilt auch heute noch: „Wenn man die heutige Kultur kriegt, kommt die Barbarei zum Vorschein.“ Die Broschüre, die alten und jungen Genossen empfohlen werden kann, kostet 30 Pf., ist in allen Parteibuchhandlungen zu haben und wird durch alle Korrespondenzen und Zeitungsboten besorgt.

Aus Haag und Bern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung ist in Konig der bereits zweifachmal vorbestrafte Dachdecker Stephan von Öprowski zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Sudde auf der Anklagebank. Die Strafkammer in Preußen sprach den Stationsdiarier Gänserich, der am 15. August nachts den Zusammenstoß zweier Züge verschuldet hatte, frei. Der Dienst des Beamten sei außerordentlich anstrengend gewesen und hätte seine Kräfte überstiegen. Der Angeklagte habe sich in einem entschuldigen Zustand befunden, der durch die Verhältnisse herbeigeführt wurde. — Die Gründe, welche das Gericht in diesem Falle zu dem Freispruch veranlaßten, werden hoffentlich ihre Wirkung auch beim Eisenbahnminister nicht verfehlen.

Männer, die etwas ansahen. Aus Stockholm, wird der „Fransk. Tg.“ geschrieben: Im vorigen Monat hatte der Steinbearbeiter Johansson vom Steinlehnenbergwerk zu Höganäs in Schweden, als er an der Rückbank des Dampfers Schacht mit dem Auswechsellager aufzufüllenden Kohlenwagen beschäftigt war, das Unglück, nach einem Sturz in den nicht weniger als 700 Fuß tiefen Schacht zu stürzen. In allgemeinem Entsetzen wurde er unter Aufsicht, wie man erwartet hatte, als unvernünftige Klage, nicht nur lebend, sondern sogar, wenn man von einigen Rippenbrüchen und Kostabszessen absteht, ganz heil angezogen, während der Wagen nur noch ein Spütkorn bestand. Schon am Tage nach dem Fall konnte der Arbeiter über sein Abenteuer berichten und jetzt nach etwa 6 Wochen ist er fast wieder hergestellt und der Sturz wird für ihn nach Besichtigung des Arztes keine nachteilige Folgen haben.

wolltamen von meiner Hände Arbeit angehehrt zu haben? Was aber nur ein Grobman daran sah! und von fremder Hand jagelt wäre, würde es ja ewig ein Schwanz für mich bleiben.“

„Dann geh, mein Herz,“ sagte Hans, „und hab Deinen Willen; aber morgen Abend hol ich Dich ab. Darf ich jetzt?“

„Du darfst,“ sagte Rüdiger, aber mit einem so lieben Blick und Ausdrück, daß selbst dem alten Vater die Tränen in die Augen kamen. Was Wunder denn, daß Hans sie an sich zog und küßte!

„Da hast mich heute recht glücklich gemacht Hans,“ sagte das junge Mädchen lächelnd, „Soll ich es Dir — und meine ewige Liebe.“ — Und wie ein Licht schwebte sie hinaus aus der Tür und über die Straße händer in ihr Zimmerchen hinaus.

35.

Graf Rauten.

Wahrscheinlich das in dem Familien von Noddenburg gab, als man die letzten glücklichen Nachrichten von den im Selbsterlöbten Hause kränklichen Rauten erhielt! Schon das Wiederleben des Lebens überraschte die Gatte. Was war da vorzugehen? Da brang das Gerücht, daß Graf Rauten gar kein Graf, sondern ein schändlicher Betrüger gewesen, der nur im Sinne gehabt hatte, die Wittgen zu erlangen und seine junge Frau in irgend einer fremden Stadt heiratet und dann ihren zu lassen. Und dabei war seine eigene Frau eingetroffen, die er schon bestrafen sollte, und der Hauptmann von Noddenburg hatte er ebenfalls verurteilt und eine andere Wittgen erschlagen und eine Familie vergraben, und Gott weiß, was die Leute noch dazu sagen, um die Sache nur noch schlimmer und schmerzlicher zu machen. Man begann sich bei solchen Geschichten ja fast nie mit dem einzigen Gedanken, im

Einem anderen Arbeiter Björn am Bergwerk zu Grängesberg passierte vor einigen Tagen das Mißgeschick, mit dem Daumen der einen Hand in ein Erzförderwerk zu geraten und von diesem etwa 100 Fuß hoch emporgehoben zu werden, bevor seine Kameraden das Werk anhalten und ihn befreien konnten. Auch dieser Mann konnte nach wenigen Tagen Ruhe seine Arbeit wieder aufnehmen und spürt keinerlei Schmerz mehr in dem kräftigen Daumen.

Russische Polizei. Auf einem Dorfe im Kreise Nowgorod, Sewersk war ein Diebstahl verübt worden, und der Verdacht fiel auf einen vierzehnjährigen Knaben. Um ihn zum Geständnis zu bringen, befahl ihm der untersuchende Polizeibeamte, ein Glas Branntwein zu trinken. Als der Knabe sich weigerte, versetzte er ihm zwei Schläge auf den Kopf und trat ihn mit Füßen. Der Knabe sank darauf den Branntwein und geriet bald in einen halb besinnungslosen Zustand, in dem er auch wirklich den Diebstahl eingestand und angab, daß das Geld im Walde versteckt sei. Eine Nachsuchung war jedoch vergebens. Wieder mußte der Knabe ein Glas Schnaps trinken, wahrscheinlich um sein Gedächtnis aufzufrischen. Dann übergab der Polizeibeamte den Knaben einigen Bauern und befahl ihnen, den Knaben zu schlagen und ihn die ganze Nacht nicht schlafen zu lassen. Dieses führten die Bauern getreulich aus; der Knabe wurde an den Weinen aufgehängt und mit dem entblößten Rücken über ein Feuer gehalten. So ging es bis zum Morgen des folgenden Tages. Erst gegen Mittag gelang es dem Knaben, davonzulaufen und sich bei seinem Vater zu verstecken. Von dem Klever Appellhof, an den die Angelegenheit ging, wurde der unmenschliche Polizeibeamte zu — 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und die Bauern, die er gezwungen hatte, seine Befehle auszuführen, zu je einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Konstantinopel. Das Erdbeben auf der Balkan-Halbinsel nach den jetzt vorliegenden amtlichen Daten über das Erdbeben am 4. April im Wilajet Koflowo haben sich drei Kasas Osmanje, Kofichana und Jilib am meisten gelitten, in dreißig Dörfern sind beinahe alle Häuser zerstört worden. Bisher weiß man von 37 Toten und 28 Verwunden; doch scheinen die Verluste viel größer zu sein. Eine Hilfsaktion ist eingeleitet worden.

Vier Kinder verbrannt. Bei einem Brande in Ayrach Stadt bei Luzern haben vier Kinder im Alter von eins bis vier Jahren in den Flammen den Tod gefunden.

Ein Dynamit-Attentat gegen eine mit Unbäckigen gefüllte Kirche wurde am Freitag in Blackburn (Indiana) verübt, in der die Anhänger einer „Die Abendlichter“ genannten neuen religiösen Sekte ihren Gottesdienst abhielten. Bei der Explosion wurden 23 Personen verletzt. Die Polizei ist der Ansicht, daß die Attentäter Anhänger anderer Sekten sind, von deren zahlreicher Mitglieder zu den „Abendlichtern“ übergehen. Die „Abendlichter“ lehren die buchstäbliche Auslegung der Bibel, die einfachste Lebensweise und den Genuß der größten Speisen.

Staatsamtliche Nachrichten

vom 10. bis 16. April 1904.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

1. April. Arbeiter J. M. Neumann, 5. Zimmermann J. F. H. Marchmann, Maurer G. F. M. Eggers, 6. Hafenarbeiter W. H. Peters, Arbeiter J. F. H. Oldorp, Mechaniker G. H. Neumann, 7. Zimmermann J. G. F. Hoffe, 8. Drogerie G. L. G. Bierhoff, 9. Friseur B. J. G. Green, 10. Straßenreiniger J. H. E. Dreier, Arbeiter G. J. F. A. Siegmund, Arbeiter A. F. J. Rauch, 11. Zimmermann D. Chr. Jürgens, Maurer R. E. W. G. Habertsch, Heizer J. D. F. Busje, Schmied J. G. M. Roahl, 12. Milchhändler Chr. F. A. Walther, Zimmermann B. C. J. A. Brümmer, 13. Maurer G. M. F. C. Köhler, 14. Arbeiter G. Chr. J. Westphal.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

2. März. Arbeiter W. H. A. Westphal, 3. April. Arbeiter J. F. H. Lehmann, Schuhmacher G. H. M. Meyer, 4. Buchbinder G. Chr. E. Seebach, Arbeiter J. J. H. Klafad, 5. Arbeiter G. Klafaden, Bauunternehmer H. G. Gammelin, 6. Bäcker G. B. J. Zimmermann, Hauptmann im 3. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 162 R. Th. D. von der Düren, 7. Schmied M. M.

Stübner, Eisenbahn-Wagenhiebler W. J. J. Maack, Schmied G. J. G. Blohm, 8. Schlachtermeister G. M. F. Schlie, Maurer J. F. G. Frost, Arbeiter K. F. Hoffmann, Werkmeister K. H. L. Hammer, Arbeiter G. F. K. Wendeborn, Aufwärter G. W. J. Möller, 9. Schuhmann G. J. F. Bruse, Maler Th. G. M. Zade, Schuhmacher J. Th. G. Peters, Kaufmann A. C. Kinde, Terrazzo- und Mosaikleger F. J. G. Rullmann, Schuhmacher H. P. Zippold, 10. Eisenbahn-Wagennotierer C. Baumann, Maurer J. M. B. Lütke, Zimmermann G. F. W. Möller, Handlungsgehilfe G. H. J. Lonn, Verkünderings-Inspektor G. J. G. Fabrenkrug, 11. Maurer Chr. J. F. Diegel, Steuermann W. J. F. Siender, Schleifer K. Jahnken, 12. Matrose G. Chr. F. Koefe, Seemannsfräulein G. W. Raichning, 13. Handlungsgehilfe A. H. B. Gander, 14. Fahrradhändler G. Th. G. A. G. J. Erdmann (Krempelsdorf), 15. Bäcker K. M. J. Kröger, Tischler G. Chr. F. Koss.

Sterbefälle.

9. April. Ein toter Knabe, B.: Schlosser F. G. J. Dorendorf, 10. G. Chr. F. Thormann, 10. M. S. M. E. geb. Kalm, Ehefrau des Schneiders J. A. H. Meyer, 78 J. 11. G. J. H. Nöcke, 1 J. 8 M., 12. Ein toter Knabe, B.: J. Frymar, Arbeiter, K. L. S. geb. Wulff (Wulf), Witwe des Majors J. C. F. Jorndt, 70 J., Dienstmann J. G. Grieben, 67 J., 13. M. E. S. geb. Damielien, Ehefrau des Privatiers J. C. G. Lorenzen, 74 J., Schuhmacher J. A. Diez, 58 J., M. E. geb. Heit, Ehefrau des Handelsmannes R. E. W. Chr. Thomsen, 76 J., 14. G. E. geb. Schümann, Ehefrau des Schneidermeisters Th. Chr. H. Köppen, 44 J., B. W. D. Grewsmühl, 5 1/2 M., Hauszimmergehilfe J. F. J. Groth, 73 J., 15. Ein toter Knabe, B.: Arbeiter B. J. H. Ahrendt, Ein toter Mädchen, B.: Arbeiter B. A. G. Glas.

Angedruckte Angeboste.

11. April. Klempner K. C. B. Müller und C. M. C. Zell, 12. Schmied A. M. Dinter und C. W. D. Zege, Stellmacher J. K. A. Niemer und C. A. Bichmann, 13. Böttcher F. Th. J. Kopal und M. E. C. Sterly, Böttcher G. W. E. M. Gellenthien und A. M. A. Weiburg, Handlungsgehilfe G. F. G. Dähn und G. Th. M. Schulz, Brauer G. A. Heise und D. H. E. Hahn, Tischler E. G. B. Böfel und E. Roth, Arbeiter J. G. W. Dietz und B. M. C. Haufe, Uhrmacher G. C. F. Dender und D. S. B. Dernehl, beide zu Neuba, Bahntechniker F. K. H. G. Friede und A. W. B. Fahnenholz zu Gültrow, 14. Kupferer K. B. Klatt und C. E. D. Ventien, Bureaugehilfe J. G. F. Bachau und C. M. D. Behrens, 15. Kassierer der Commerebant G. B. J. Lüthgens und M. E. M. Bölters zu Altona, Arbeiter J. Schwarz und W. D. S. Will, Bäcker J. W. E. Westphal und F. A. E. Möller, Gartenarbeiter G. F. W. Willmann und D. L. G. Hinz zu Worade, Arbeiter J. J. E. Reßner gen. Sahlmann und C. M. D. Wittenburg, 16. Bäcker A. F. Willig zu Fahrenkrug und R. M. E. Schütt, Malergehilfe C. F. E. Nagel und M. S. D. Schröder, beide zu Hamburg, Arbeiter H. Granatowski und A. Ziehfuß, beide zu Schönböden, Arbeiter M. L. F. Blohm und S. M. E. Malon zu Stadelndorf, Korrespondent G. F. Kruse zu Hamburg und A. F. W. A. Bunge, Meister M. Th. J. Fahrenkrug und G. M. E. Eggers, Tischler G. Th. L. Th. Wulff und L. S. M. Maack, Kontorist J. G. Bahnd und B. M. Th. Müller.

Cheschkizangea.

12. April. Ingenieur A. F. Meyer zu Götchberg in Schweden und A. M. E. Schmidt, Reisender C. E. G. Ehlers und A. E. S. Rehbein, Schuhmann W. J. M. F. Kind und G. C. S. Köhr zu Kl.-Paris, Handlungsgehilfe E. Herbst und A. M. D. Nieng, Biasefeldweber des Infanterie-Regiments Nr. 83 R. A. Schwaner zu Cassel und M. S. M. W. G. Ramm, Bureaugehilfe G. F. B. Höppner und G. U. E. Melchert, Geschäftsführer H. G. A. Schaumkel und G. S. F. Kofin, 14. Klempner K. B. J. F. Boffe und M. E. S. D. F. Meve, 15. Königlich Bayerischer Hauptpostassistent R. Th. Krauß und G. F. Brand, Arbeiter L. W. Ulrich und M. E. S. Timm, Buchhändler G. R. L. F. G. J. Borgmann zu Bülow und J. A. J. Cordts, Aufwärter W. J. Gh. Gh. und D. F. J. Sperling, Schlosser A. F. J. Gh. Gh. und Th. A. F. Mielenz, Stadtmissionar W. B. Brinkop zu Götlich und A. M. D. S. Müller, 16. Steinbruder J. G. G. H. H. und M. Budnit, Arbeiter G. J. C. Sommer und M. F. G. Genohn, Schmied E. M. Herrmann und C. Behrens, Arbeiter J. G. Pauls und Witwe M. S. D. Kooop geb. Saumann, Gartenarbeiter G. J. G. Fick und A. E. G. Auge, Arbeiter J. H. Th. Plate und Witwe C. E. L. Klotmann geb. Beck, Arbeiter G. F. C. Behnk zu Worwerk und B. K. Groth, Ingenieur G. E. Th. Zimmermann und A. E. M. Gase, Arbeiter G. F. W. Schwarz und D. Gh. M. Klatt.

händen der Verichte bestand, mußte sie zeigen, daß sie ihn verachte.

Und bestand sich Rauten wirklich in den Händen der Verichte? Unter polizeilicher Aufsicht allerdings, aber schon aus dem Bereich menschlicher Strafe, denn der Tod hatte den Arm noch ihm ausgestreckt, und die Verichte, die sein Lager umstanden, schützelten bedenklich mit dem Kopf. So furchtbar war die Wunde und so schwer verletzt hatte sie ihn im Innern, daß Rettung unmöglich schien, und um ihn nur noch in einzelnen der vorliegenden Fragen einem Gehör zu unterwerfen, so lange er noch fähig war zu sprechen, begab sich einer der Gerichts-Affizoren mit dem Akteur in das Spital an sein Bett. Aber er antwortete nicht. Mit finster zusammengezogenen Brauen, die Lippe nur manchmal zuckend vor innerlichem furchtbarem Schmerz, lag er da, sah den Affessor bühnisch an und murmelte halb verbissene Flüche in den Bart.

Freilich war Karl Handorf nach Hause gekommen und er quälender Arzde im Zimmer auf und ab gegangen. Daß dieser Babe damals die Mordtat verübt, wegen der er unzulässig gelitten, davon war er jetzt fest überzeugt; aber wie konnte er die Welt davon überzeugen, wenn man kein wirkliches Geständnis aus ihm herausbrachte? Wie er selber denn nicht egoistisch sein ganzes Leben lang? Was half es ihm da, wenn den Mörder doch zuletzt seine Strafe erreichte? Es litt ihn nicht zu Hause, und von Angst und Unruhe gestört, eilte er selber hinaus nach dem Spital, um den Stenora noch einmal zu sehen und zur Rede zu stellen. Daß man ihn wirklich gar nicht zu ihm lassen würde, daran dachte er nicht, und doch war es so. Als er die Tür des Spitals erreichte und sein Kaltegen vortrug, wurde er einfach abgewiesen. Es waren jetzt schon Herren vom Gericht oben, und wenn er etwas von diesem Kranken wollte, so müsse er sich an den Herrn Affizor wenden; es sei früher Befehl, niemanden zu dem Gefangenen zu lassen, und sie dürften davon nicht abweichen. (Fortsetzung folgt.)